

## **REP – Die Republikaner – Seit 1983 mit Schönhuber, Pausewang und Buchwieser**

Die Republikaner (Kurzbezeichnung REP) ist eine 1983 in München von ehemaligen Mitgliedern der CSU gegründete deutsche Kleinpartei. Sie versteht sich selbst als rechtskonservativ und bezeichnet sich auch als „Demokratische Rechte“.

Sie wurde ab 1992 vom Bundesamt für Verfassungsschutz unter dem Verdacht einer rechtsextremistischen Bestrebung aufgeführt und beobachtet; 2006 wurde nicht mehr die Gesamtpartei, sondern nur noch Kräfte in ihr als rechtsextrem geführt. Seit 2007 wird die Partei nicht mehr im Verfassungsschutzbericht aufgeführt.

1985 wurde Franz Schönhuber als Nachfolger von Franz Handlos Parteivorsitzender. Er wollte die REP nach dem Vorbild des französischen Front National nach rechts rücken. Im Juni 1989 konnten die REP mit über 7 % der Stimmen in das Europäische Parlament einziehen; bereits bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin hatten sie im Januar des Jahres 7,5 % der Stimmen erhalten. Beide Erfolge konnten sie nicht mehr wiederholen: Bei der Europawahl 1994 erreichten sie 3,9 %, bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin 1990 (kurz nach der Wiedervereinigung) 3,1 %.

Unter dem Vorsitz von Rolf Schlierer (1994 bis 2014) setzte sich die Partei von rechtsextremen Tendenzen ab, auch von der DVU (die 2011 in der NPD aufging), und verlor gegenüber rechtsextremen Parteien wie der NPD an Bedeutung. Sie ist seit 2001 nur noch in Kommunalparlamenten vertreten. Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 2016 verlor sie mit einem Stimmenanteil von 0,3 % ihren Anspruch auf staatliche Parteienfinanzierung. Von November 2016 bis März 2019 war Kevin Krieger Bundesvorsitzender. Abgelöst wurde er von Tilo Schöne.<sup>1</sup>

### **04/1984 Bald Gründung - Republikaner im Kreisort<sup>2</sup>**

Garmisch-Partenkirchen - Jetzt erweitert sich auch im Landkreis das Parteien-Spektrum: Am 14. April findet um 20 Uhr im „Opatija-Grill“ die Gründungsversammlung des Kreisverbandes der „Republikaner“ statt; jener Partei, die von Franz Schönhuber (ehem. Moderator von „Jetzt red i ...“), Franz Handlos und Ekkehard Voigt (beide Mitglied des Bundestages) ins Leben gerufen worden war.

Bei einer Vorsprechung konnten nun unter der Wortführung von Udo Pausewang und Uwe Rettig interessierte Bürger und Mitglieder begrüßt werden, insbesondere auch der Beauftragte der Partei, Horst Quednow aus Murnau. Die „Republikaner“ wollen für folgende Ziele eintreten: Freiheit und Wiedervereinigung, Heimat, Natur und Umwelt, Schutz allen Lebens, wehrhafte Bürgerdemokratie, Eigenverantwortung und Solidarität.

### **04/1984 „Republikaner“ laden Franz Schönhuber ein - Neuer Ortsverband in Garmisch-Partenkirchen<sup>3</sup>**

Landkreis - Ihr Emblem sind drei hochgezogene Rauten in den Farben Schwarz-Rot-Gold -

---

<sup>1</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Die\\_Republikaner](https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Republikaner)

<sup>2</sup> GPT 07.04.1984 hut

<sup>3</sup> GPT 27.04.1984 hut

in deren Mitte stechen die Buchstaben R - E - P hervor; Rep gilt für Republikaner, eine im November 1983 von Franz Schönhuber, Franz Handlos und Ekkehard Voigt gegründete neue Partei. Nun gibt es auch bereits einen Ortsverband in Garmisch-Partenkirchen und der tritt erstmals am Mittwoch, 2. Mai, um 20 Uhr im Gasthof „Werdenfelser Hof“, Ludwigstraße 58, an die Öffentlichkeit. Dann nämlich kommt kein geringerer als der Sprecher der Republikaner selbst, Franz Schönhuber, in den Kreisort. Schönhuber ist insbesondere durch die beliebte Fernsehsendung des Bayerischen Fernsehens, „Jetzt red i“, die er moderierte, bekannt geworden.

Als Ideale hat die neue politische Vereinigung folgende anstrebenswerte Ziele auf ihr Schild gehoben: Freiheit und Wiedervereinigung, Vaterland und Kerneuropa, Heimat, Natur und Umwelt, Schutz allen Lebens, wehrhafte Bürgerdemokratie, Eigenverantwortung und Solidarität.

Dem Ortsverband Garmisch-Partenkirchen der Republikaner stehen vor: 1. Vorsitzender: Udo Pausewang, 2. Vorsitzender: Uwe Rettig, Kassier: Uwe Langhammer.

#### 05/1984 „Plädoyer für eine neue Politik“ - Franz Schönhuber als Gast bei den „Republikanern“ im Kreisort<sup>4</sup>

Garmisch-Partenkirchen - Zu ihrer ersten großen Versammlung nach der Gründung hatte der Garmisch-Partenkirchner Ortsverband der „Republikaner“ jetzt im „Werdenfelser Hof“ geladen. Als bekannten Redner konnte der 1. Vorsitzende Udo Pausewang den Mitbegründer der „Republikaner“, Franz Schönhuber, begrüßen. Der Referent, ehemaliger Moderator der bekannten Fernsehsendung „Jetzt red i“ des Bayerischen Rundfunks, wurde von den Anwesenden mit viel Beifall begrüßt.

Das Thema des Abends lautete: „Unser Grundsatzprogramm — ein Plädoyer für neue Politik“. Schönhuber (61), der mit den beiden Bundestagsabgeordneten Handlos und Voigt im November 1983 die „Republikaner“ gründete, legte den interessierten Bürgerinnen und Bürgern das Grundsatzprogramm der Partei dar.

Einige Auszüge aus seiner zweistündigen Rede; Schönhuber: „Es ist an der Zeit, dass eine Wende in unserem Land herbeigeführt wird. Die Politik der CSU, insbesondere die Politik des Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß, unterliegt einem ständigen Wechsel“. Die „Republikaner“ seien, so Schönhuber, der Überzeugung, dass unser Staat in vielfältigen Bereichen einer Erneuerung bedürfe. Auch kam der Referent auf die Vergangenheitsbewältigung zu sprechen. In der heutigen Zeit solle nun endgültig Schluss sein, mit den Erinnerungen an das III. Reich. Es solle Geschichte bleiben und die heutigen Menschen davon verschonen.

---

<sup>4</sup> GPT 15.05.1984 eb

Ein weiterer wichtiger Punkt in Schönhubers Rede: Die „Republikaner“ treten für den Schutz allen Lebens ein. „Wir lehnen grundsätzlich die Abtreibung ab, stimmen aber in zwingenden Fällen einer solchen zu“. Zum Schluss seiner Rede bedankte sich Schönhuber bei allen Anwesenden für das Interesse.

Der 1. Vorsitzende des neugegründeten Ortsverbandes in Garmisch-Partenkirchen, Udo Pausewang, gab nun den Einstieg für die Diskussion. Die 1. Veranstaltung des Ortsverbandes Garmisch-Partenkirchen kann abschließend als ein Erfolg gewertet werden.

#### 07/1984 **„Republikaner“ jetzt auch als Kreisverband<sup>5</sup>**

Garmisch-Partenkirchen - Nach der Gründung eines Ortsverbandes haben nun die „Republikaner“ in Garmisch-Partenkirchen und im Landkreis auch einen Kreisverband. Der erste Vorsitzende Udo Pausewang in seiner Begrüßung: „Nach der Gründung des Ortsverbandes ist es nun auch im Kreis soweit: Der Zuwachs unserer noch jungen Partei ist so stark, dass wir jetzt einen Kreisverband ins Leben rufen können.“

Nach den einleitenden Worten übernahm der zweite Vorsitzende Uwe Rettig das Wort und fungierte bei der Wahl des Kreisvorsitzenden und des Geschäftsführers als Wahlleiter. Das Ergebnis: Kreisvorsitzender: Udo Pausewang; Stellvertreter und Geschäftsführer: Uwe Rettig. Hierfür sprachen sich alle Anwesenden aus. Da nun Udo Pausewang sein Amt als Kreisvorsitzender antrat, war es erforderlich, für den Ortsverband Garmisch-Partenkirchen einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Hans Uhl wurde dazu schließlich mit den Stimmen der Mitglieder bestimmt.

Zum Abschluss der Wahl und der Veranstaltung bedankte sich der Wahlleiter Uwe Rettig und der neue Vorsitzende Udo Pausewang bei allen Parteimitgliedern für das Vertrauen.

#### 08/1984 **Zivilschutz stand im Mittelpunkt - „Republikaner“ informieren über Verteidigungsgrundsätze<sup>6</sup>**

Garmisch-Partenkirchen - Stell dir vor, es gibt Krieg, und keiner weiß, was tun... Um dieser Ratlosigkeit innerhalb der Bevölkerung vorzubeugen, haben Regierung und Verteidigungsministerium Pläne und Vorschriften erstellt, die den Zivilschutz gewährleisten sollen, die sogenannte Zivilverteidigung. Auch die „Republikaner“, eine noch junge Partei, steht zu diesem Prinzip und will in Informationsveranstaltungen der Bevölkerung die zu treffenden Maßnahmen für den Ernstfall aufzeigen.

---

<sup>5</sup> GPT 21.07.1984 mm

<sup>6</sup> GPT 20.08.1984 bf

Zu diesem Zweck hat der Ortsverband Garmisch-Partenkirchen der „Republikaner“ Karl-Heinz Saebel vom Bundesverband für den Selbstschutz (BSV) als Referenten eingeladen. Der BSV ist eine Bundesbehörde und hat den gesetzlichen Auftrag, unter anderem die Bürger über Fragen des Selbstschutzes zu informieren. Wie Saebel im Vortrag erläuterte, habe die zivile Verteidigung im nationalen Bereich vier Hauptaufgaben.

Zum einen sei sie für die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsgewalt im Falle eines bewaffneten Konflikts, zum anderen für den Zivilschutz verantwortlich. Hierbei sollen Bevölkerung, Wohnungen, Arbeitsstätten, lebenswichtige zivile Betriebe, Dienststellen und Anlagen sowie das Kulturgut durch nichtmilitärische Maßnahmen vor Kriegseinwirkungen geschützt werden.

#### 01/1985 „**Republikaner**“: **Von DDR hinters Licht geführt?**<sup>7</sup>

Garmisch-Partenkirchen - Auf der Vorstandssitzung des Kreisverbandes der „Republikaner“ in Garmisch-Partenkirchen wurde über den Abbau der Selbstschussanlagen an der Grenze zur DDR diskutiert.

Dabei stellten die Teilnehmer der Veranstaltung fest, der Abbau der Selbstschussanlagen SM 70 sei lediglich eine „Augenwischerei“ der DDR-Führung. Fest stehe, dass die Deutsche Demokratische Republik die SM 70 gar nicht mehr benötige, da seit Mitte der 70iger Jahre ein zweiter, mehrere hundert Meter hinter der Grenze liegender Abfangzaun bestehe, der als „lückenloses zweites Sperrsystem“ fungiere. Dieser zweite Zaun sei weiter mit stromführenden Drähten versehen, die bei Berührung optische und akustische Signale auslösen würden. So könnten innerhalb kürzester Zeit DDR-Grenzsoldaten — die Republikaner sprechen von 100 Soldaten an der Grenze zu Bayern — den Grenzabschnitt nach Flüchtlingen absuchen. Wieder einmal sei es „Genosse Honecker“ gelungen, „seine Milliardengeber hinters Licht zu führen“.

#### 02/1985 „**Kurmittelhaus vordringlich**“<sup>8</sup>

Garmisch-Partenkirchen — Als „vordringlich“ bezeichnete soeben der Kreisverband der Republikaner die Errichtung eines Kurmittelhauses in Garmisch-Partenkirchen. Nach der wesentlichen Verbesserung der Infrastruktur in den letzten Jahren müsse jetzt eine solche Einrichtung geschaffen werden, in die auch die Klimafaktoren in die kurörtliche Therapie einbezogen werden.

---

<sup>7</sup> GPT 30.01.1985 me

<sup>8</sup> GPT 25.02.1985 eb

Nach den Vorstellungen der Vorstandschaft solle der Kreisort das Hauptgewicht nicht nur auf den Wintersport legen, sondern auch die Vorteile des Heilklimas mehr in den Vordergrund stellen.

### 03/1985 **Eine Partei als Bühne zur Selbstdarstellung - Schönhubers Auftritt mit Stammtischsprüchen<sup>9</sup>**

Mittenwald - Es war eine schlechte Show, die die „Republikaner“ in Mittenwalds „Postkeller“ geboten hatten. Nicht nur, dass die Handvoll Zuhörerschaft größtenteils mitgebracht worden war: Schönhubers Auftritt war fade, beschränkte sich mehr auf Stammtischsprüche als auf die Linien eines politisch durchsetzbaren Konzeptes.

Von sich selbst behauptend, zu den zehn populärsten Journalisten Deutschlands zu zählen, wurde er, gemessen an der Resonanz, seinem Titel als „Zugpferd“ keineswegs gerecht. Vielmehr zeigte sich der Journalist als Nestbeschmutzer und ging über die Art der Berichterstattung über „seine Partei“ mit ihnen, seinen „Kollegen“, hart ins Gericht. Redegewandt - ohne Frage! Doch Schönhuber als Politiker? Wie sehr ihm diese Partei als Bühne zur Selbstdarstellung und letztlich Vermarktung seiner Bücher dienlich ist, zeigte er unverdrossen vor den wenigen Zuhörern.

Eingangs hatte der Orts-, Kreis- und Bezirksvorsitzende Udo Pausewang noch eine eidesstattliche Erklärung verlesen. Danach seien die „Republikaner“ nun ihren Handlos los. Schönhubers Versuch, sich mit dem Thema Arbeitslosigkeit auseinanderzusetzen: „Ein neues Verhältnis zur Arbeit bekommen“ und „für mich gibt es keine Azubis, für mich gibt es nur Lehrlinge.“

Über die Trennung von Amt und Mandat, dem Verhältnis zwischen den Generationen, der Ausländerpolitik („Ein arbeitsloser Türke lebt in Deutschland besser als ein gut verdienender Türke in Istanbul“) bis hin zur Deutschlandpolitik waren Gegenstand seiner Ausführungen.

Auf seine Vergangenheit bei der Waffen-SS eingehend, lehnte er es kategorisch ab, sich von seinen Kameraden und den erlebten Zeiten zu distanzieren. Zudem war er felsenfest der Meinung, „dass das deutsche Volk zu 99 Prozent nichts von Auschwitz gewusst habe“ - aber auch: „... aus 85 Prozent Nazis wurden 90 Prozent Widerstandskämpfer...“

Nach seinen plakativen Sprüchen schloss sich ein Frage-Antwort-Spiel im „Jetzt red i“-Stil an, bei deren Beantwortung sich der 62jährige nach „gut gewählter Fragestellung“ leicht tat. Inbrünstig war er da der Meinung, „dass unser demokratisches Spektrum auch die Rechten zulasse, denn die rechts sind keine Verbrecher...“

---

<sup>9</sup> GPT 28.03.1985 Werner Gropp

06/1985 **Im „Knast“ gut leben - Republikaner diskutierten über Kriminalität<sup>10</sup>**

Garmisch-Partenkirchen - Auf einer Vorstandssitzung diskutierten die Republikaner soeben über die steigende Kriminalität und stellten fest, dass diese zum „Krebsschaden der Nation“ werde. Seit 1963 hätten sich die Straftaten um 159 Prozent auf rund 4,5 Millionen erhöht. Im gleichen Zeitraum sei die Raubkriminalität um 350 und der schwere Diebstahl um rund 500 Prozent gestiegen. Der Schaden wachse ins Uferlose, nicht messbar seien Angst und Leid der Opfer.

Der Doppelmord in Grainau und die Raubüberfälle der letzten Wochen zeigen nach Ansicht der Republikaner, dass die Kriminalität mittlerweile auch auf das flache Land übergegriffen habe. Der humane Strafvollzug in der Bundesrepublik trage dazu bei, dass die zu erwartende Strafe keine Abschreckung mehr darstelle. Hinter Gittern lasse sich gut leben. Ein Sprecher: „Wenn die deutsche Rechtsprechung nicht endlich mit ihrer Gefühlsduselei endlich gegenüber dem Verbrechen aufhört, werden wir Bürger uns bald nicht mehr auf die „Straße trauen können.“ Auch ihr Vorsitzender Franz Schönhuber wurde zitiert, der gesagt hat: „Eines Tages ist nicht mehr der Täter schuldig, sondern das Opfer.“ Mit diesen Argumenten fordern die Republikaner eine „lebensschützende Demokratie“.

01/1986 **„Deutschland“ ohne Schluckbeschwerden - Franz Schönhuber sprach in Oberammergau<sup>11</sup>**

Oberammergau - Die Republikaner meinen, dass es an der Zeit sei, den Namen Deutschland wieder ohne Schluckbeschwerden auszusprechen. „Die deutsche Geschichte darf nicht auf Auschwitz gekürzt werden“, sagte Franz Schönhuber, Bundesvorsitzender der Republikaner, auf einer Veranstaltung in Oberammergau.

Der Kreisvorsitzende und Landtagskandidat Udo Pausewang begrüßte bei dieser Veranstaltung auch den Bezirksvorsitzenden von Oberbayern, Dr. Dieter Berger, und Landesschatzmeister Georg Schätzl. Wie Pausewang ausführte, seien die Republikaner in großer Sorge um die steigende Kriminalität in der Bundesrepublik. Für Rauschgift Händler und Landesverräter forderte er die Höchststrafe, nämlich lebenslange Haft. Schönhuber beanstandete, dass deutsche Politiker nur darauf hören würden, was das Ausland über die Bundesrepublik sage. Sie sollten sich mehr an den nationalen Interessen des Landes orientieren.

---

<sup>10</sup> GPT 15.06.1985 es

<sup>11</sup> GPT 13.01.1986 eb

02/1986 **„B 2 wird eine Autobahn ohne grüne Streifen!“ - Die Republikaner wählten Udo Pausewang<sup>12</sup>**

Garmisch-Partenkirchen - Eine „Autobahn ohne grünen Streifen“ sieht der Kreisvorsitzende der Republikaner, Udo Pausewang, mit dem Ausbau der Bundesstraße 2 auf das Loisachtal zukommen. Diese Befürchtung äußerte er jedenfalls auf der Kreismitglieder-Versammlung, wo er auch als Ortsvorsitzender von Garmisch-Partenkirchen bestätigt wurde. Sein Stellvertreter wurde Helmut Frey.

Im Anschluss an die Wahl referierte der Kreisvorsitzende über aktuelle Themen. Er forderte, dass „Aids“ als meldepflichtige Krankheit in das Bundesseuchengesetz aufgenommen werden müsse. Zu den Heizkosten mittels Heizkostenabrechnung zitierte er das Bundeswirtschaftsministerium. Es habe am 23. Dezember mitgeteilt, dass die Bundesregierung nicht beabsichtige, die Verwendung der nach dem Verdunstungsprinzip arbeitenden kostengünstigen Heizkostenverteiler zu untersagen: „Sie hält auch diese Geräte im Rahmen der technisch bedingten Einsatzgrenzen für eine geeignete Grundlage, die Heizkostenverteilung in Abhängigkeit vom Verbrauch vorzunehmen.“

05/1986 **2 Jahre Republikaner - Franz Schönhuber fordert „Stop der Diäten“<sup>13</sup>**

Garmisch-Partenkirchen - Aus Anlass des zweiten Jahrestages der „Republikaner“ im Landkreis Garmisch-Partenkirchen konnte Landtagskandidat Pauseweg (sic!) nun auch den Bundesvorsitzenden Franz Schönhuber begrüßen.

Im Rahmen eines Gespräches führte Schönhuber drei Hauptforderungen der „Republikaner“ an: Zunächst wurde ein Abbau der Überversorgung von öffentlichen Mandatsträgern gefordert, ebenso wie ein Diäten-Stopp für Bundes- und Landtagsabgeordnete, „solange Rentner von einem Minimum leben müssen“.

Der Bundesvorsitzende sprach sich auch für eine Aufhebung der Abgeordneten-Immunität aus. Zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit verlangen die „Republikaner“ ferner eine durchgreifende Wirtschafts- und Steuerreform, um Investitionsanreize zu schaffen.

Zum Abschluss seiner Ausführungen forderte Franz Schönhuber u. a. „die endgültige Souveränität der Bundesrepublik und eine Aufhebung der UN-Feindstaatenklausel“ sowie „eine Revidierung der deutschen Geschichtsbücher.“

---

<sup>12</sup> GPT 08.02.1986 eb

<sup>13</sup> GPT 02.05.1986 red

06/1986 **250 hörten Republikaner-Chef Franz Schönhuber - Rede des Bundesvorsitzenden war aktuellen politischen Themen gewidmet - „Kernkraft nicht Weisheit letzter Schluss“<sup>14</sup>**

Riegsee - Über 250 Besucher, unter ihnen Bürgermeister Xaver Trischberger, waren in „Haus des Gastes“ nach Riegsee gekommen. Um den ehemaligen bayerischen Fernsehchef und heutigen Bundesvorsitzenden der Republikaner, Franz Schönhuber, zu hören. Franz Spitzer, Ortsvorsitzender der Republikaner in Murnau, meinte zum guten Besuch: „Dies lässt für die Landtagswahl am 12. Oktober einen Erfolg für unsere junge Partei erwarten.“ Optimistisch zeigte sich auch Republikaner-Landtagskandidat Udo Pausewang aus Garmisch-Partenkirchen: „Wir erleben einen erfreulichen Zulauf.“

Bevor Franz Schönhuber die politischen Ziele der Republikaner erläuterte, sprach Generalsekretär Harald Neubauer. Er wies darauf hin, dass die Republikaner bereits im Bremischen Landtag und in Kommunalparlamenten von Bremerhaven bis Sonthofen vertreten seien. Bei der bayerischen Landtagswahl wolle man den „Durchbruch auf breiter Front“ schaffen. „Was den vor 12 Jahren noch belächelten Grünen möglich war, sollte uns ebenfalls gelingen“, betonte Neubauer.

Die immer wieder von Beifall unterbrochene Rede von Franz Schönhuber war den aktuellen politischen Problemen gewidmet. Die Republikaner seien eine patriotische Partei mit hoher sozialer Verpflichtung. Mit der „Selbstverleugnung deutscher Interessen“ müsse Schluss sein. Die Deutschen seien weder besser noch schlechter als andere Völker und sollten deshalb in EG, NATO und UNO aus der Rolle der bloßen Zahler zur uneingeschränkten politischen Gleichberechtigung finden. „Bisher dürfen wir nur zahlen, aber nichts sagen“, erklärte Schönhuber und wies auf die Benachteiligungen hin, denen vor allem die deutsche Landwirtschaft im Rahmen der EG ausgesetzt sei.

Zu den Folgen des Reaktorunglücks in Tschernobyl meinte Schönhuber, man müsse nun erkennen, dass die Kernkraft nicht der Weisheit letzter Schluss sei. Während die bayerische Staatsregierung in Wackersdorf noch „junge Polizisten verprügeln“ lasse, rückten die ersten CSU-Politiker bereits von der geplanten Wiederaufbereitungsanlage ab. Nur Strauß wolle dies nicht wahrhaben. „Wir dürfen aber energiepolitische Zukunftsentscheidungen weder vom Altersstarrsinn eines Ministerpräsidenten noch von den Gewalttätigkeiten rot-grüner Chaoten abhängig machen“, sagte Schönhuber und forderte eine Volksbefragung über Wackersdorf. „Wir Deutschen sind auch nicht dümmer als die Österreicher oder Schweizer, die von ihren Regierungen bei wichtigen Entscheidungen gefragt werden.“

Zur Massenarbeitslosigkeit fordern die Republikaner, so ihr Vorsitzender, einen drastischen Abbau der Ausländerzahl, den Schutz des Mittelstandes gegen Monopolbildungen und Kon-

---

<sup>14</sup> GPT 05.06.1986 red



zentrationenprozesse, eine den Konsum anregende, durchgreifende Steuerreform und eine Förderung zukunftsorientierter Hochtechnologien. Schönhuber: „Wir sehen im Umweltschutz eine vorrangige patriotische Pflicht. Wer Dörfer und Städte zubetoniert, erstickt Heimatliebe und Zusammengehörigkeitsgefühl.“ Man dürfe den Umweltschutz aus Verzweiflung über das Versagen der Altparteien nicht den Grünen überlassen. Denn deren Politik hätte auf anderen wichtigen Feldern „verheerende Auswirkungen“.

Zwischen CDU/CSU/FDP und SPD gibt es nach Auffassung Schönhubers vielfach nur „Pseudogegensätze“. Bei den Diätenerhöhungen seien sich „schwarz“ und „rot“ sehr einig. Schönhuber forderte einen Diätenstopp, „solange es noch notleidende Kriegssopfer und Rentner in der Bundesrepublik gibt“. Die Politiker sollten weniger an sich selbst und mehr an das Volk denken, sagte er.

10/1986 **„Die Republikaner - Der Bevölkerung zur Information<sup>15</sup>**: Falls Sie, liebe Bewohner des Landkreises Garmisch-Partenkirchen, sich die Frage stellen sollten: Warum in der Presse nur wenig von den Republikanern zu hören ist?

Es liegt nicht an der Partei, sondern wir werden permanent von der Presse totgeschwiegen.

Erst am 20. 9. 86 auf einer Wahlveranstaltung mit Franz Schönhuber kamen 250 Personen, wer nicht kam, war die Presse. Die Republikaner fordern deshalb eine unabhängige Presse - keine CSU-Presse. Wir meinen, ein Bayernkurier reicht...“

10/1986 **„DIE REPUBLIKANER - Ihr Direktkandidat: UDO PAUSEWANG - Ihre Zweitstimme: Franz Kotscharnik<sup>16</sup>** - Liste 11, Platz 04 - Persönliche Daten: 1922 im Riesengebirge geboren, im elterlichen landwirtschaftlichen Anwesen aufgewachsen, Maurerlehre, verheiratet, 4 Kinder, Fronteinsatz in Russland, Jagdfliegerausbildung, 2 Jhr. englische Kriegsgefangenschaft, Maurermeister, Bundeswehr Stabsfeldwebel a. D., Bauberater beim BVS

Parteilpolitische Tätigkeit: seit 1984 erstmals bei einer Partei - den Republikanern, Kreisvorsitzender, 1. stellvertretender Bezirksvorsitzender von Oberbayern, Gebietsbeauftragter für Südost-Bayern

Ehrenamtliche Tätigkeit: 27 Jahre beim Bayer. Roten Kreuz, Wasserwacht, als Lehrschein-Inhaber mehr als 1000 Rettungsschwimmer ausgebildet, seit 13 Jahren Leichtathletik-Abteilungsleiter und Trainer im DJK Nußdorf, 28 Jahre Sportabzeichen-Prüfer

---

<sup>15</sup> KB 01.10.1986

<sup>16</sup> KB 03.10.1986

Für Familie - Arbeit - Vaterland in einer gesunden Umwelt“

10/1986 **Die Republikaner**<sup>17</sup>

„Wie unabhängig ist eigentlich die örtliche Presse? Nach Meinung der Republikaner haben wir überhaupt keine unabhängige Presse, denn wie kann es sonst geschehen, dass die Republikaner von der Presse totgeschwiegen werden. Wir meinen, der Leser hat das Recht über die Ziele und Vorstellungen informiert zu werden.

Wir Republikaner sind gegen eine einseitige Information durch die Presse in Bayern und in Deutschland herrscht nicht das Einparteiensystem, sondern das Mehrparteiensystem.

Wählen Sie bitte am 12. 10. 86 DIE REPUBLIKANER, damit es wieder gerecht und fair zugeht.“

**06/1987 Offener Brief an das Garmisch-Partenkirchner Tagblatt**<sup>18</sup>

„Sehr geehrter Herr Kaiser! Seit der Gründung der Partei im Landkreis werden wir von Ihnen und Ihrer Zeitung boykottiert. **Wo bleibt hier die Überparteilichkeit des Garmisch-Partenkirchner Tagblatt.** Wenn die CSU eine Versammlung abhält, deren Besucher bequem in eine Telefonzelle passen ist ein drei- oder vierspaltiger Bericht zu lesen. Wenn aber die Republikaner wie erst am 12.6.1987 über 150 Leute auf die Beine bringen, wird dieses mit keiner Silbe erwähnt. Wir fordern von Ihnen eine faire, demokratische Berichterstattung.

Ihr Kreisverband Garmisch-Partenkirchen Udo Pausewang national - demokratisch – patriotisch“

06/1987 **Franz Schönhuber bei den Republikanern - „Millionen für den Bayerischen Wald - Über kurz oder lang gibt's überall Krawalle“**<sup>19</sup>

Mit der Bundes-, der Bayern- und der Republikanerflagge ausgeschmückter Saal im Garmisch-Partenkirchner „Holiday Inn“: Diese Atmosphäre herrschte bei einer Kundgebung der Republikaner, auf der Bundesvorsitzender Franz Schönhuber vergangene Woche eine Ansprache hielt. Der Tenor der Rede, die Schönhuber hielt, kann mit wenigen Worten zusammengefasst werden: Den Zuhörern sollte eingepreßt werden, dass es mit Deutschland, das die Republikaner über alle Maßen lieben, unaufhaltsam bergab geht, wenn nicht eben die

---

<sup>17</sup> KB 09.10.1986

<sup>18</sup> Express 25.06.1987

<sup>19</sup> Express 25.06.1987 Marc Ritter

Republikaner, je schneller desto besser, auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene gewählt und somit den parlamentarischen Steuerknüppel in die „rechte Hand“ bekommen werden.

Um diesen Anspruch zu erhärten, führte Schönhuber in seiner eineinhalbstündigen Ansprache alle Probleme aus, durch die er Deutschland „unausweichlich in den Sumpf von Überfremdung, Arbeitslosigkeit und Morallosigkeit gezogen“ sieht.

Schönhuber prophezeite, dass über kurz oder lang Krawalle ähnlich derer in Berlin/Kreuzberg die ganze Bundesrepublik erschüttern werden; Garmisch-Partenkirchen sei da keine Ausnahme. „Die verkommenen Produkte der Großbourgeoisie, deren Eltern vergessen haben, sie einmal anständig über’s Knie gelegt zu haben“, genau gesagt die „terroristische Jugend“, werde vor keiner Region und Institution haltmachen und den Staat verwüsten. Diese düstere Zukunft der inneren Sicherheit ließe sich nur durch eine drastische Aufstockung des Polizeiapparates verhindern und komme daher, dass in den Schulen ein falsches („weil von den Siegermächten aufgezwungenes und verfälschtes“) Geschichtsbild vermittelt und nicht mehr geachtet werde auf „klassische deutsche Wert“, wie zum Beispiel das Studium von Goethe, Schiller und Hegel.

Im Publikum kam bei solchen Forderungen Stimmung auf. Auch die anwesende Gruppe von jugendlichen Rechtsradikalen, teilweise mit der Uniform der „Viking-Jugend“ bekleidet, klatschte begeistert. Der neutrale Beobachter muss ehrlicherweise die Frage stellen, ob diese jungen Leute je ein „besseres Geschichtsbild“ vermittelt bekamen oder Werke Goethes und Schillers verstanden haben.

„Was für Patrioten“ - Schönhuber lobte mittlerweile die Bevölkerung und die Jugend Südtirols, die für die Belange ihrer Volksgruppe patriotisch kämpften („Welch’ Patriotismus!“); er und seine Partei würden sich ebenfalls zu „Volk, Heimat und Freiheit“ bekennen.

Ständig war der Bundesvorsitzende darauf bedacht, sich von der ganz rechten Ecke politisch zu distanzieren. Er verwies darauf, oberstes innenpolitisches Ziel sei die „Abwehr von ultralinks und ultrarechts“. Deshalb passen ihm auch das gute Dutzend Neonazis nicht ins Konzept, die als einzige Unmutsäußerungen abgaben, wenn Schönhuber das 3. Reich als „Unrechtsstaat“ bezeichnete und von der „braunen Barbarei“ Rufe wie „Wenn’s Dir nicht passt, eine aufs Maul“ kamen ebenfalls aus dieser Gruppe. Doch ganz ins Bild, das Schönhuber von seiner Partei zeichnete, die mit Neonazis nichts am Hut hätte und stets eintrete für die Republik nach Vorbild der römischen „res publica“, passten diese Anhänger nicht, auch wenn sie grundsätzlich - so viel konnte man den wohlwollenden Beifallskundgebungen entnehmen - somit mit Schönhuber auf einer politischen Linie liegen.

„Raus, wenn Türken kommen“ - Große Gefahr sah der Republikaner auch im geplanten EG-Beitritt der Türkei. Sollte dies geschehen, so sagte er, müsse dies das „Raus aus der EG“ für

Deutschland bedeuten; zu groß seien die Möglichkeiten für Türken, in die Bundesrepublik ungehindert einreisen zu können.

Überhaupt will Schönhuber alles, was mit Deutschland nicht direkt in Zusammenhang steht, aus der Politik verbannt wissen. So sollen seiner Ansicht nach „nicht Millionen für die EG, sondern Millionen für den Bayerischen Wald“ ausgegeben werden, außerdem sei das „Schicksal eines Waldarbeiters im Bayerischen Wald wichtiger als das Schicksal eines Pflanztagenerarbeiters in Nicaragua.

„Finstere Zeiten“ für die Familie - Auf solche Sätze reagierte das Publikum nicht anders als erwartet: Gelächter und stürmischer Beifall erfolgten von Seiten der Zuhörer; übrigens nicht etwa alles Arbeiter, sondern größtenteils Angehörige der Mittelschicht.

Für die Familie sah Schönhuber finstere Zeiten anbrechen: Es gäbe keine Kommunikation mehr zwischen den Generationen, klagte er, zu seiner Zeit sei das noch ganz anders gewesen, „die Alten wurden damals integriert“. Aus der Aufspaltung der Generationen schloss Schönhuber auch die Aufspaltung der Gesellschaft; er forderte, der moderne Mensch solle nach „christlichen Prinzipien“ mehr geben als nehmen. Doch woher sollen dies die jungen Leute wissen, die an den Wahlurnen über das Schicksal eines Landes entscheiden?

Schönhuber weiß: Würden die Studenten nicht ihren linken Soziologie- und Politologie-Professoren lauschen, sondern sich an deutschen Stammtischen kundig machen, wüsste man, wie der deutsche Mann denke. In diesem Sinn gab er ein „Hoch dem Stammtisch“ aus.

Schließlich kamen das AIDS-Problem (Abhilfe: Meldepflicht), die Arbeitslosigkeit und ein sogenanntes „Ausländerproblem“ zur Sprache. Doch wie bei allen vom Über-Republikaner beschworenen Punkten: Kein Versuch der Lösung der (vermeintlichen) Probleme, sondern nur pauschales Lamentieren über die Zustände, gemischt mit einer reichlichen Portion Polemik und Hetze. Das Publikum will aber offenbar genau solche Darbietungen, über Lösungen will man sich gar nicht den Kopf zerbrechen. So störte sich niemand daran, dass nach Beendigung des Vortrags keine Befragung des Redners möglich war, nach dem gemeinschaftlichen Absingen des Deutschlandliedes ging man in seiner Stammtisch-Ideologie gestärkt nach Hause.

Die Frage, ob Leute wie Franz Schönhuber gefährlich sind oder nicht, steht nach dem Besuch einer derartigen Veranstaltung im Hintergrund. Primär ist festzustellen, dass es Menschen gibt, die in gefährlicher Weise mit schlechten theatralischen Einlagen und polemischer Stimmungsmache einzufangen sind. In Garmisch-Partenkirchen waren circa 120 Schönhuber-Anhänger anwesend.

Diskussion: Fehlanzeige

02/1988 **Verstärkter Wahlkampf - Republikaner wollen im Kreis Boden gewinnen**<sup>20</sup>

Garmisch-Partenkirchen - Die Republikaner wollen in diesem Jahr verstärkt Wahlkampf in Garmisch-Partenkirchen, Grainau, Farchant und Mittenwald betreiben. Dies gab der Ortsvorsitzende Udo Pausewang in der Monatsversammlung vor etwa 40 Zuhörern im „Residence“ bekannt. Ausführlich sprach er über die Ziele seiner Partei, die für ein wiedervereinigtes Deutschland mit der Hauptstadt Berlin eintritt. Sie fordere die Anerkennung des Heimatrechts für die deutschen Vertriebenen und stelle zugleich fest, dass Grenzveränderungen nur auf friedlichem Wege erfolgen könnten.

Der „Überfremdung der Bundesrepublik“ müsse ein Ende bereitet werden. Deshalb schlagen die Republikaner vor, die Asylgesetze denen der Schweiz anzupassen. Deutschland sei kein Einwanderungsland. Aus diesem Grund forderten sie sofortige Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Einwanderung und zur allmählichen Rückführung der Gastarbeiter in ihre Heimatländer.

Pausewang zur Agrarpolitik: „Jede Schwächung der landwirtschaftlichen Gegebenheiten führt zu einer Verringerung der Arbeitsplätze in anderen Wirtschaftszweigen, voran in den Dörfern und strukturschwachen ländlichen Gebieten.“ Landwirtschaft im Zu- und Nebenerwerb setze die Einschränkung des Einsatzes ausländischer Arbeitskräfte, aber auch eine intakte Infrastruktur und qualifizierte Arbeitsplätze in zumutbarer Entfernung voraus.

08/1988 **„Provokative Dienlichkeiten“ - Beobachtungen bei einem Informationsabend der „Republikaner“**<sup>21</sup>

Garmisch-Partenkirchen - „Wir lassen uns nicht in eine gewisse Ecke drücken“, geht es aus einer Pressemitteilung des Kreisvorsitzenden der „Republikaner“, Udo Pausewang, hervor. Unbekannte hatten ein Plakat des Bundesvorsitzenden Franz Schönhuber mittels Farbspray in ein Hitlerbild umgewandelt.

Bei einer Veranstaltung am Samstagabend im Hotel „Residence“ erntete Schönhuber mit seiner Rede jedenfalls Beifall. Vor allem die ältere Generation war erschienen, um die Forderungen der Partei mit Klatschsalven zu bestätigen. „Darf ich was sagen“, fragte ein jüngerer Anwesender aus den hinteren Reihen, worauf er sogleich aus dem Saal verwiesen wurde.

Als „arm im Geiste“ bezeichnete Schönhuber den „Störenfried“ und meinte: „Gegen provokative Dienlichkeiten dieser Art müssen wir uns zur Wehr setzen.“ Einhelliger Zuspruch auch hier.

---

<sup>20</sup> GPT 16.02.1988 eb

<sup>21</sup> GPT 09.08.1988 ts

In Bezug auf die Trennung von Jung und Alt sprach er von einem „verlogenen Volk“, der Neuanfang zu einem deutschen Nationalstaat müsse auf Grund der Prioritäten des Wohles der Deutschen jetzt beginnen, bevor es zu spät sei. Er warb dabei auch um junge Mitglieder: „Ich werde rechtzeitig dafür sorgen, dass Nachfolger kommen.“

05/1989 **Die Republikaner – Achtung Liebe Bürgerinnen und Bürger<sup>22</sup>**

„Harald Neubauer, Landesvorsitzender, spricht am Dienstag, den 23.5.1989, um 20 Uhr im Gasthof Burgrain, Garmisch-Partenkirchen, Ortsteil Burgrain  
Besuchen Sie unsere Veranstaltung für unser Deutschland.  
Ihre Republikaner-Gemeinschaft Deutscher Patrioten“

10/1989 **Gründungsversammlung in Mittenwald**

Enttäuschung machte sich breit unter den Republikanern des Landkreises, als sich die angekündigte Gründungsversammlung in Mittenwald als reiner Flop<sup>23</sup> erwies: Im Postkeller waren knapp 40 Interessierte zwar anwesend, der Partei beitreten wollte an diesem Abend von ihnen allerdings niemand. Auch die Sammelbüchse wurde ziemlich umsonst herumgereicht.

Kreisvorsitzender der Republikanischen Partei, Udo Pausewang, Garmisch-Partenkirchen, als Versammlungsleiter blieb somit nur die Aufgabe, den Lübecker Vorsitzenden Heinz Bettin - er verbrachte gerade seinen Urlaub in Krün - als Gastredner vorzustellen und Josef Buchwieser aus Mittenwald sowie den Ortsbeauftragten, den evangelischen Militär-Seelsorger Heinz-Helmuth Klappert, das Wort zu erteilen.

Mehr Nationalbewusstsein, Schluss mit der Ausländerwelle fordert die neue Partei, die sich dagegen wehrt, als „Nachfolge-Nazis“ abgestempelt zu werden.

11/1989 **Oberammergauer Reps stellen Kandidaten auf; Hofmann durchgefallen<sup>24</sup>**

Oberammergau - Mit acht Kandidaten tritt der Ortsverband der Republikaner zur Gemeinderatswahl 1990 an. Dies teilte soeben dessen Vorsitzender Peter Bierling mit. Einen eigenen Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters hat der Verband nicht aufgestellt. Frank Hofmann, der von 1981 bis 1984 Oberammergauer Bürgermeister war und vom Rep-Kreisverband als Kandidat vorgeschlagen worden war, lehnten die Mitglieder ab.

---

<sup>22</sup> KB 19.05.1989

<sup>23</sup> GPT 14.10.1989

<sup>24</sup> GPT 29.11.1989 eß

Insgesamt zählt Oberammergau ja 16 Gemeinderats-Mitglieder, deshalb wurde mit den acht gewählten Kandidaten jeder Listenplatz zweimal belegt. Und das sind die Erwählten: Peter Bierling, Dieter Schaller, Franz Müller, Gerhard Wiener, Peter Braun, Fritz Stutz, Michael Frey und Franz Koch jun.

Hauptthema des Republikaner-Wahlkampfes ist laut ihrem Vorsitzenden, dass „in Oberammergau endlich wieder nach sachdienlichen Gesichtspunkten und nicht nach persönlichen die Entscheidungen gefasst werden.

10/1990 **Vor der Landtags-Wahl - „Rep“: Kaum mehr als skrupelloses Angst-Schüren...**<sup>25</sup>

Es ist noch gar nicht so lange her, da sonnten sich Franz Schönhuber und seine Getreuen in ihrem Erfolg bei der Europawahl, da blies der ehemalige Waffen-SSler zum Sturm auf die Länderparlamente und den Bundestag. „Wir sind nicht mehr aufzuhalten“, tönte Schönhuber damals vollmundig, ganz im Stile eines Volkstribunen. Mittlerweile tönt er nicht nur wegen chronischer Halsschmerzen wesentlich leiser. Die sogenannten „Republikaner“ mussten im letzten Jahr eine ganze Reihe von Schlappen hinnehmen: Innerparteiliche Querelen führten zur Spaltung ganzer Landesverbände und bei Landtagswahlen setzte es ein Desaster nach dem anderen. Als die „Reps“ zuletzt in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen jeweils unter zwei Prozent blieben, wollte niemand mehr auch nur einen Pfifferling auf sie geben. Nun treten die rechten Flügelstürmer in Bayern an, und manches deutet darauf hin, als sei dies so etwas wie ein „letztes Gefecht“. Für den Fall, dass die „aufrechten Deutschen“, wie sie sich selbst gern apostrophieren, auch in Bayern scheitern, hat Schönhuber jedenfalls schon seinen Rückzug aus der Politik angekündigt.

Soweit ist es aber - noch nicht. Fürs erste macht die „letzte Hoffnung Deutschlands“ (Schönhuber über Schönhuber) in hoffnungsvollem Optimismus, wenn auch etwas gedämpfter, als zu Zeiten fulminanter Wahlerfolge. Überhaupt scheint er ängstlich bemüht, moderat und geläutert zu wirken. Eine große deutsche Tageszeitung vermutete sogar, Schönhuber frühstücke mehrere Pfunde Kreide täglich. Weg vom Image des Rechtsradikalen - das scheint zurzeit die Taktik des Parteiführers zu sein.

Vieles spricht dafür, dass es sich bei dieser wundersamen Wandlung um pure Wahlkampfstrategie handelt. Zu plötzlich kam die Mäßigung, als dass sie glaubwürdig sein könnte, zu frisch ist die Erinnerung an grobschlächtige Verunglimpfungen, hasserfüllte Tiraden und die simple Suche nach Sündenböcken für wirkliche oder vermeintliche Missstände in unserer Gesellschaft. Auch der medienwirksam inszenierte „Reinigungsprozess“, mit dem Schönhu-

---

<sup>25</sup> KB 10.10.1990 Aus der Serie von Franz Oppmann

ber seine Partei von den „Ultras“ wie er sie selber nennt, befreien wollte, kann da nicht überzeugen.

Zwar wurden Parteifunktionäre mit rechtslastiger Vergangenheit wie die Ex-NPDler Harald Neubauer oder der wegen Volksverhetzung rechtskräftig verurteilte Franz Glasauer ihrer Ämter enthoben, doch das war's dann auch schon. Immer noch gibt es unter den Republikanern ein ganz erhebliches Potential von alten und neuen Unbelehrbaren. Die Geschassten dürften da bestenfalls des Schaufenster-Effektes wegen „geopfert“ worden sein.

Aber nicht nur personell, auch programmatisch haben die „Reps“ Korrekturen vorgenommen. Vieles spricht dafür, dass diese Korrekturen rein kosmetisch waren. Da wurde beispielsweise ein im ursprünglichen Programm enthaltener Passus neu formuliert, der Frauen im Wesentlichen nur die althergebrachte Rolle als Hausmütterchen zuwies. Schon ein Blick auf die Listen der „Republikaner“ zeigt, dass sich an diesem Rollenverständnis nicht viel geändert haben kann: Frauen sind da deutlich in der Unterzahl.

Ansonsten teilen die „Reps“ dem Wähler auf Plakaten vor allem mit, wogegen sie sind: „Wir sind radikal gegen Drogenmissbrauch“ steht da zu lesen (gerade so, als seien die anderen Parteien dafür). Die „Republikaner“ sind gegen Asylantenflut, die „Prügelknabenrolle“ der Polizei, den Pflegenotstand oder Extremismus von links und rechts. Wie sie diese Missstände abstellen wollen, darüber schweigen sie sich allerdings weitgehend aus.

Hohle Phrasen und dumpfe Sprüche kommen bei einer bestimmten Klientel möglicherweise gut an und sind an Stammtischen oft und gern gehört. Doch praktische Politik wird halt nicht am Wirtshaustisch, sondern auf den harten Bänken der Parlamente gemacht. Den Beweis, dass sie zu konkreter Politik fähig sind, sind die „Reps“ bisher aber schuldig geblieben.

Im Gegenteil: Betrachtet man die Art und Weise, wie sie ihre innerparteilichen Streitereien handhaben, drängen sich Zweifel an der Politikfähigkeit der law-and-order-Truppe förmlich auf. Bisher kam von den „Reps“ wenig mehr als kleinkariertes Lamentieren und skrupelloses Schüren von Ängsten.

Das hat sich auch in den eigenen Reihen herumgesprochen. So trat kürzlich der Nürnberger „Rep“-Stadtrat Rudolf Heindl aus der Partei aus. Eine Interessenvertretung der Bürger sei, begründet Heindl seinen Schritt, wegen der „inneren Zerrissenheit der Partei“ und „irrationaler Überfremdungsangst“ nur außerhalb der „Republikaner“ möglich. Dem ist nichts hinzuzufügen.

1990 **Aus dem Wahlprogramm der REP**

„*Wer sind wir?*“



*Wir sind Deutsche, wollen Deutsche bleiben. Andere Völker achten wir, unser Volk aber lieben wir. Wir bekennen uns zur Demokratie, achten die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Radikale sind wir nur in einem Punkt: in der Abwehr des Extremismus von links und rechts.*

*Was wollen wir?*

- Wir sehen im Umweltschutz eine vorrangige patriotische Pflicht. Wer Dörfer und Städte zubetoniert, erstickt Heimatliebe und Zusammengehörigkeitsgefühl. Eine zerstörte Umwelt führt zu Aggressionen. Um unsere Natur zu retten, fordern wir, dass in den Alpen und Mittelgebirgen keine weiteren Bergbahnen, Lifte und Pisten gebaut werden. Auch sind wir gegen eine weitere verkehrstechnische Erschließung durch Berg- oder Passstraßen. Gifte dürfen nicht länger in Flüsse, Seen und Meere geleitet werden.*
- Arbeitsplätze müssen in erster Linie den Deutschen zugänglich gemacht werden. Deutsche Unternehmer, die Ausländer ohne Arbeitserlaubnis beschäftigen, sollen verstärkt strafrechtlich verfolgt werden.*
- Deutschland darf kein Einwanderungsland werden. Um den Missbrauch des Asylrechts zu unterbinden, fordern wir den Einsatz von Schnellrichtern an der Grenze.*
- Zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit fordern wir eine durchgreifende Wirtschafts- und Steuerreform, um zu Investitionen anzureizen und Leistungen nicht länger zu bestrafen. Subventionen müssen abgebaut, Arbeitszeiten flexibel gestaltet werden. Moderne Technik ist unter Beachtung des Umweltschutzes zu fördern. Schwarzarbeit muss bekämpft werden. Die Nebenbeschäftigung von öffentlich Bediensteten ist zu unterbinden.*
- Wir fordern, Mittelstand und Handwerk gegen Monopolbildungen und Konzentrationsprozesse, aber auch gegen weitere administrative Belastungen zu schützen. Das Bauernsterben ist durch eine Agrarreform zu stoppen, die den Zwang zur Überproduktion beendet und Qualität fördert.*
- Wir fordern einen Abbau der Überversorgung von öffentlichen Mandatsträgern, insbesondere einen Diätenstopp für Bundes- und Landtagsabgeordnete, solange Rentner und sozial Schwache die volle Wucht der Sparmaßnahmen trifft.*
- Wir sind für eine Aufhebung der Abgeordneten-Immunität. Dies würde zu einer Verbesserung des politischen Umgangs und zu einer größeren Chancengleichheit auch für Nichtabgeordnete führen.*
- Wir wollen die staatlichen Zuschüsse für Parteistiftungen gekürzt wissen, zumal deren Tätigkeit immer undurchschaubarer werden.*

- *Um der immer enger werdenden Verflechtung von Wirtschaft und Politik entgegenzutreten, fordern wir ein Verbot der Übernahme von Vorstands- und Aufsichtsratsposten durch öffentliche Mandatsträger auf Landes- und Bundesebene.*
- *Die innere Sicherheit muss verbessert werden. Wir sind für eine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechtes. Verwahren uns dagegen, dass deutsche Polizisten, die ihre Pflicht tun, als Systembüttel abqualifiziert werden. Für uns ist die Sorge um den Mitbürger, die Hilfe für das Opfer höherrangiger als die Resozialisierung der Täter. Rauschgifthändler, beispielsweise, sind Mörder auf Raten. Wir verlangen für sie die gesetzliche Höchststrafe.*
- *Wir sind gegen eine weitere Finanzierung von internationalen Organisationen, deren Arbeit der Bundesrepublik keinen Nutzen bringen.*
- *Wir fordern die Einführung eines kostenpflichtigen Plakettensystems auf deutschen Autobahnen für jene Ausländer, in deren Heimatländern wir Autobahngebühren zahlen müssen.*

Franz Schönhuber - früher: Hauptabteilungsleiter im Bayerischen Fernsehen („Jetzt red' i“)  
 heute: Bundesvorsitzender der REPUBLIKANER

#### 01/1990 **Kandidaten für den Rat - Mittenwald**<sup>26</sup>

Mittenwald - Bei ihrer jüngsten Veranstaltung wählten die Republikaner soeben unter der Leitung ihres Kreisvorsitzenden Udo Pausewang die Kandidaten für den Mittenwalder Gemeinderat. Die Wahl erbrachte folgendes Ergebnis: 1. Josef Buchwieser, 2. Heinz Klappert, 3. H. Peter Schroder.

Inhaltlich kristallisierten sich nachstehende Punkte heraus: Die Ortsgruppe steht vor ihrer ersten, aber auch größten Bewährungsprobe auf kommunaler Ebene; gerade deshalb ist sie sich ihrer Aufgabe wohl bewusst. Am 18. März 1990 werde der Wähler entscheiden, ob die Altparteien wie bisher allein regieren sollen oder ob mit den Republikanern eine neue mitbestimmende Kraft hinzukommt und damit ein neues politisches Gewicht im Gemeindeparlament.

Das Ziel sei klar: Es werde eine offene und bürgernahe Gemeindepolitik geben, mit sachkundigen und unabhängigen Personen. Das Sachprogramm müsse erfolgversprechend sein. Schwerpunkte der Kommunalpolitik seien: Wohnungsmarkt, Fremdenverkehr, Sozial- und Umweltpolitik, Verkehrsinfrastruktur, Landwirtschaft und Ausländer- beziehungsweise Asylpolitik.

---

<sup>26</sup> GPT 09.01.1990 ea

02/1990 **Bewerber der Republikaner: Pausewang 1.**<sup>27</sup>

Garmisch-Partenkirchen - Die Republikaner haben jetzt ihre Gemeinderatskandidaten für die Kommunalwahl aufgestellt. Es wurden folgende Platzierungen ermittelt:

Udo Pausewang, Beamter (47); Franz Lankes, Beamter (41); Hans Uhl, Beamter (34); Markus Pittrich, zurzeit Soldat (21); Walter Linke, Diplom-Ingenieur (44); Franz Ambach, Bahnpolizeibeamter (44); Hans Beutelberger, Rentner (64) und Gertraud Korbacher, Sekretärin (49).

Die Republikaner wollen sich insbesondere für die Schaffung bezahlbarer Wohnungen, den Bau von gemeindlichen Altersheimen und für mehr Pflegepersonal im Alten- und Krankenhauswesen einsetzen. Ferner treten sie für einen Asylantenstopp im Kreisort ein und sind für verstärkte Rauschgift-Kontrollen in Schulen und Gaststätten.

02/1990 **Rep-Liste mit 2 Kandidaten Farchant**<sup>28</sup>

Auch in Farchant bewerben sich Republikaner um einen Sitz im Gemeinderat. Es sind dies der Kaufmann Hubert Lorenz und der Justizbeamte Horst Quaschny.

Weil sich die Republikaner bereits an der letzten bayerischen Landtagswahl beteiligten, brauchen sie auf kommunaler Ebene nicht die sonst bei solchen Erstbewerbungen notwendigen Unterschriften (viermal die Anzahl der Gemeinderatssitze) vorzuweisen. In Farchant genügten zehn Unterschriften; die liegen vor, wie die Gemeinde bestätigte.

03/1990 **Wählt Liste 5! - Gemeinde- und Kreisrat Udo Pausewang und seine Mannschaft!**<sup>29</sup>

Pausewang Udo, geb. 6.10.1942

Justizvollzugsbeamter

Bayern wählt am 18. März 1990 REPUBLIKANER in die Rathäuser!

Sind auch Sie, liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger, der Meinung,

- dass es von den Altparteien unverantwortlich ist, die Bundesrepublik von Scheinasylanten überfluten zu lassen (1988: 103000, 1989: 121000);
- dass ein Ausländerwahlrecht nicht kommen darf;
- dass im Wohnungsbau und in der Sozialabsicherung den Einheimischen der Vorrang gebührt;
- dass die „Gesundheitsreform“ nicht länger zu Lasten der Kranken und Schwachen gehen

---

<sup>27</sup> GPT 10.02.1990 eb

<sup>28</sup> GPT 15.02.1990 red

<sup>29</sup> KB 14.03.1990 – REP-Wahlanzeige

darf;

- dass Kriminalität, Drogenmissbrauch und Polit-Chaoten stärker zu bekämpfen sind;
- dass Massenarbeitslosigkeit, Bauernsterben, Rentenunsicherheit, Staatsüberschuldung und neue Armut gegen die Altparteien sprechen;
- dass die deutsche Wiedervereinigung so rasch wie möglich kommen muss - aber nicht auf den Boden der Bundesrepublik mit Millionen von Sozialismus-Flüchtlingen;
- dass „Wendehäse“ in der Politik unglaublich sind;
- dass die Hetze gegen die REPUBLIKANER von schlechtem demokratischem Stil zeugt?

Wenn Sie diese Auffassungen teilen, stimmen Sie mit über zwei Millionen Bundesbürgern überein, die bei der jüngsten Europawahl für die REPUBLIKANER votiert haben (in Bayern: 14,6 Prozent). Auch zur Kommunalwahl gilt: Gegen links hilft nur rechts!

03/1990 **Wählt Liste 5!**<sup>30</sup>

„Udo Pausewang, Franz Lankes, Hans Uhl, Markus Pittrich, Walter Lincke, Franz Ambach, Hans Beutelberger, Gertraud Korbacher

Pausewang Udo geb. 6.10.1942, Justizvollzugsbeamter

Asylantenstopp im Werdenfelser Land - Tragen auch Sie dazu bei, dass in Gemeinderat und Kreistag eine Politik für den Bürger gemacht wird. Unterstützen Sie uns!“

03/1990 **Republikaner im Postkeller**<sup>31</sup>

Mittenwald - Die Mittenwalder Republikaner veranstalten am Mittwoch, 14. März, um 20 Uhr im Postkeller ihre Wahlkundgebung. Gemeinde- und Kreistagskandidat Josef Buchwieser wird sich bei dieser Gelegenheit mit seinen Mitbewerbern vorstellen und auf einige brisante kommunalpolitische Themen eingehen.

Als Gastredner wird der zukünftige Landeswahlleiter der Republikaner, Fabian Neumeier, auftreten. Im Anschluss daran erhoffen sich die Kandidaten eine rege Aussprache. Alle kommunalpolitisch interessierten Bürger, insbesondere auch Bürgerinnen, sind eingeladen.

04/1990 **Aufstellungsvollversammlung am 17.04.1990 im Gasthaus Burgrain**<sup>32</sup>

Republikaner küren Kandidaten zu Bezirks- und Landtagswahlen im Herbst 1990

---

<sup>30</sup> KB 09.03.1990 – Anzeige

<sup>31</sup> GPT 10.03.1990 eb

<sup>32</sup> GPT 14.04.1990

06/1990 **Republikaner-Querelen schlagen zur Basis durch: Die vier REP-Kreisräte sind ab sofort parteifrei - Ihre Austritte erklärt: „Von Rechtsextremisten unterwandert“<sup>33</sup>**

Garmisch-Partenkirchen - Die Querelen der Republikaner auf Bundes- und Landesebene schlagen zur Basis durch. Wie REP-Kreisvorsitzender Udo Pausewang gestern mitteilte, ist seine Kreistags-Fraktion geschlossen aus der Partei ausgetreten; gleiches hätten etwa 20 der 120 REP-Mitglieder im Landkreis vollzogen.

Der Grund sei einmal darin zu suchen, wie die Partei mit ihren Vorsitzenden Schönhuber umgesprungen ist, zum andern auch darin, dass die REP von Rechtsextremisten unterwandert sei, die bereits das Sagen haben. Pausewang: „Die wollen für Recht und Ordnung eintreten und haben keine Ordnung“. Überdies werde absolut undemokratisch mit unliebsamen Mitgliedern verfahren.

Die bisherige REP-Kreistagsfraktion (Pausewang, Hans Uhl, Josef Buchwieser und Frank Hofmann) ist jetzt „parteilos“ und überlegt, ob man eine Freie Wählergruppe gründen soll. Dem Landrat habe man schon signalisiert, dass man mit der CSU stimmen werde.

Gleichzeitig wurde Dr. Helmut Fischer angekündigt, dass man die Sache um die Ausschuss-Sitzverteilung nicht auf sich beruhen lasse (wie berichtet, gingen die drei Grünen mit dem ÖDPler zusammen, so dass die REP keinen Sitz erhielt). Er, Dr. Fischer, möge im Sinne einer gedeihlichen Zusammenarbeit diese Entscheidung überdenken. Falls nicht, scheue man nicht vor dem Rechtsweg zurück (Verwaltungsgericht).

Wie der Landrat gestern auf Anfrage erklärte, werde dieser Kreistags-Entscheid derzeit in seinem Hause überprüft; seiner Meinung nach werde sich aber nichts ändern, „die Entscheidung war korrekt“. Überdies sieht er auch in Hinblick auf den Parteiaustritt der vier REP-Kreisräte „keinen Anlass, etwas umzuwerfen“.

06/1990 **„Sind handlungsfähiger denn je“ - Austritt der vier Kreisräte der Republikaner aus der Partei.<sup>34</sup>**

„Die vier Republikaner-Kreisräte und Gemeinderat Lankes begründen ihren Austritt mit Schönhubers Entmachtung und der vermeidlichen rechtsradikalen Unterwanderung der Partei. Unter dem Strich macht ihr Schritt jedoch deutlich, dass es ihnen nicht um die Zielsetzungen der Partei ging, sondern allein um die Kultfigur Schönhuber.

Die dauernden Angriffe des bisherigen Bundesvorsitzenden der Republikaner gegen seine Partei veranlassten das Bundespräsidium, Schönhuber mit sechs gegen eine Stimme von der Ausübung seiner Mitgliedsrechte in der Partei zu suspendieren und bei dem zuständigen

---

<sup>33</sup> GPT 29.05.1990 ao

<sup>34</sup> GPT 16.06.1990 – Leserbrief

Schiedsgericht Antrag auf Parteiausschluss zu stellen. Einmal mehr wird deutlich, dass bei den Republikanern jedes Mitglied ohne Rücksicht auf Rang und Namen gleichbehandelt wird. Einen weiteren Grund für die Austritte sehe ich in der politischen und bürokratischen Überforderungen einiger Kreisräte.

Der dürftige Kommunalwahlkampf zeigte auch, dass schon vor dem „Schönhuber-Putsch“ wenig Interesse bestand. Wir, die Werdenfelser Republikaner, sehen unsere Zukunft dennoch optimistisch entgegen. Herr Übelacker, stellvertretender Vorsitzender der sudetendeutschen Landsmannschaft in Bayern und Bundesbankdirektor führt unsere Landtagsliste an. Direktkandidaten für unseren Wahlkreis sind für den Landtag Dr. Helmut Uhle, Anwalt, Bezirkstag Erich Houzer, Kreisrat, 3. Bürgermeister Geretsried, Ingenieur.

Schon diese kleine Auswahl zeigt die personelle Vielfalt unserer Partei. Die Mehrheit der Kreisvorstandschaft erklärt sich mit Harald Neubauer solidarisch. In einem starken Landtagswahlkampf werden sich die Bürger davon überzeugen können, dass die Garmisch-Partenkirchner Republikaner handlungsfähiger denn je sind.“

*Fabian Niedermeier*, geschäftsf. Kreisvorsitzender Alpspitzstr. 8d 8104 Grainau

05/1990 **MdG Lankes ist ausgetreten**<sup>35</sup>

Garmisch-Partenkirchen - Die Reihen der REP-Mandatsträger im Landkreis lichten sich weiter. Auch ein Gemeinderat hat jetzt seinen Austritt aus der Partei der Republikaner gemeldet: Franz Lankes, Mitglied des Marktgemeinderates Garmisch-Partenkirchen, ist ab sofort „parteilos“.

Die Gründe, die ihn dazu bewogen, sind ähnlich wie die seiner Kollegen im Kreistag: Die Querelen der REP auf Bundes- und Landesebene, sowie die Unterwanderung der Partei durch rechtradikale Personen. Lankes gestern gegenüber der Redaktion: „Von irgendwelchen Nazis muss ich mich ganz klar distanzieren. Ich hoffe fest, dass meine Wähler diesen Schritt sicherlich verstehen“. Lankes übrigens gibt der Partei hier im Landkreis keine Zukunft mehr.

Mit dieser Austrittswelle nach dem Sturz des REP-Gründers und geistigen Vaters Franz Schönhuber gibt es damit nur mehr einen Republikaner im Landkreis, der in einem kommunalen Plenum sitzt: Leo Laubender im Murnauer Gemeinderat. Das jedenfalls war der Stand am gestrigen Dienstag. Auch in Mittenwald hatte mit Josef Buchwieser ein Republikaner den Einzug in den Marktgemeinderat geschafft, doch trat er, wie berichtet, zusammen mit seinen Kreistagskollegen Pausewang, Uhl und Hofmann aus dieser Partei aus.

---

<sup>35</sup> GPZ 30.05.1990 ao

06/1990 **Protokoll der Gemeinderatssitzung am 21.06.1990**<sup>36</sup>

„Vor Eintritt in die Tagesordnung gab **MdG Pausewang** für sich und **MdG Lankes** folgende Erklärung an den Marktgemeinderat ab:

"MdG Lankes und MdG Pausewang haben die Partei der "Republikaner" verlassen. Innerpolitische Streitigkeiten haben zu diesem Parteiaustritt geführt. Hierzu kommt ein erheblicher Zuwachs von NPD-Mitgliedern innerhalb dieser Partei, die zusammen mit Neo-Nazis die Auflösung der "Republikaner" bedingt haben. MdG Lankes und MdG Pausewang sind jetzt parteilose Mitglieder des Marktgemeinderats. Die Zugehörigkeit zu einer Partei ist nicht geplant. MdG Pausewang ist Mitglied der österreichischen FPÖ, Ortsgruppe Scharnitz."

Dies diene zur Kenntnis.“

06/1990 „**Nur noch ein welker Torso**“<sup>37</sup> - Zum Leserbrief von H. Schroder, „Interessanter Wandel“, Ausgabe vom 20. Juni:

„Dass die rechtsextremistischen „Rest-Republikaner“ jetzt versuchen, zu retten, was nicht mehr zu retten ist, kann man gerade noch verstehen; auch dass ein „einfach strukturiertes Gemüt“ Analyse und Erklärung gehörig durcheinanderwirbelt, mag noch einleuchten; aber dass gerade solche Leute auch noch ungeniert verleumderisch agieren — das geht dann doch zu weit!

Man darf mir vorwerfen, meinen angekündigten Rücktritt wahrgemacht zu haben; auch darf man mir vorhalten, dass meine Kurzanalyse über das politische Scheitern des Franz Schönhuber etwas hart ausgefallen ist. Was ich mir aber auf gar keinen Fall „unterjubeln“ lasse - ist Wahlbetrug!

Ich habe mit Herrn Landrat Dr. Fischer kein einziges Wort gewechselt, geschweige eine Erklärung irgendwelcher Art abgegeben.

Ohne Franz Schönhuber sind die Republikaner ohne Kopf. Zahlreiche Kreis- und Ortsvorsitzende, Mandatsträger und Mitglieder sind der Partei bereits davongelaufen. Viele werden noch folgen. Die zerstrittene Restpartei ist ein welker Torso. All die untauglichen Mittel werden keinen einzigen Wähler bei der Stange halten; sie helfen nicht. Auch Lügen nicht.“

*Josef Buchwieser*, Im Schwarzenfeld 34, Mittenwald

---

<sup>36</sup> Protokoll der Sitzung des Gemeinderates Garmisch-Partenkirchen am 21.06.1990, S. 41

<sup>37</sup> GPT 30.06.1990 – Leserbrief von Josef Buchwieser

09/1990 **Für Republikaner im Rennen: Erich Houzer<sup>38</sup>** - Wahlkreis 120: Direktkandidat für Bezirkstag

Garmisch-Partenkirchen - Erich Houzer, Jahrgang 1936, Ingenieur, Republikaner-Stadtrat in Geretsried, ist Direktkandidat im Wahlkreis 120 (Garmisch-Partenkirchen, Bad Tölz) für den Bezirkstag. Zugleich rangiert der Ex-CSUler für die Bezirkstagswahlen auf Platz 12 und für die Landtagswahlen auf Rang 49 der Landesliste.

Im Geretsrieder Stadtrat arbeitet Houzer im Haupt- und Finanz-, Koordinierungs-, Umweltausschuss und Sport-, Kultur- und Sozialausschuss mit. Außerdem ist er 3. Bürgermeister sowie Stellvertretender Kreisvorsitzender von Bad Tölz/Wolfratshausen. Seine politischen Schwerpunkte sind die Familienpolitik, Umweltbelange und der Sport. Der Vater von vier Kindern hat sich auch in zahlreichen Vereinigungen engagiert, so im Sportverein als Vorsitzender, Kreisjugendring, Verkehrswacht und bei den Gebirgsschützen.

07/1990 **REP für eine autofreie Zone<sup>39</sup>**

Garmisch-Partenkirchen - Für eine autofreie Zone haben sich jetzt die der Republikaner ausgesprochen. Demnach soll die Bahnhofstraße zwischen Marienplatz und Richard-Strauss-Platz für PKW gesperrt werden, auch der Ortsbus soll diese Zone nicht mehr befahren. Dazu REP-Gemeinderat Udo Pausewang; „Die Gemeinde soll endlich Nägel mit Köpfen machen“.

03/1991 **Jetzt wieder Republikaner<sup>40</sup>**

Garmisch-Partenkirchen - Die Ex-Republikaner sind wieder Republikaner: Die Gemeinderäte Udo Pausewang und Franz Lankes, die für die „Reps“ in den Rat gewählt worden waren und anschließend austraten, teilten mit, dass sie nunmehr wieder Republikaner sind.

03/1991 **Republikaner-Frühschoppen<sup>41</sup>**

„Wann? Am Sonntag, 5. Mai 1991, 10 Uhr.

Wo? Im Gasthof Kaltenbrunn „Zum Schweizerbartl“

Wir berichten über aktuelle Belange.

Leitung: Erich Houzer, Ing., Stadtrat in Geretsried, Beauftragter für den Landkreis Garmisch-Partenkirchen“

---

<sup>38</sup> GPT 14.09.1990 red

<sup>39</sup> GPT 05.07.1991

<sup>40</sup> GPT 25.03.1991 wk

<sup>41</sup> GPT 03.05.1991 - Anzeige



06/1991 **Udo Pausewang Chef der Reps**<sup>42</sup>

Landkreis - Unter der Leitung des Bezirksvorsitzenden Josef Hartsberger wurde im Republikaner-Kreisverband soeben eine neue Führung gewählt:

Erster im Kreis ist demnach Udo Pausewang, als Stellvertreter fungieren Josef Buchwieser (Mittenwald) und Leo Laubender (Murnau). Ein künftiger Schwerpunkt der Arbeit: das Vertrauen der Bürger durch mehr Information zurückzugewinnen.

07/1991 **Drei wieder in der REP**<sup>43</sup>

Garmisch-Partenkirchen (ao) - Wieder den Republikanern beigetreten sind (nach ihrem Austritt vom letzten Jahr) die Kreisräte Josef Buchwieser, Udo Pausewang und Hans Uhl. Damit ist die REP wieder als vierköpfige Fraktion (der 4. ist Frank Hofmann) im Kreistag vertreten.

08/1991 **„Die unabsehbaren Folgen dieser Völkerwanderung“**<sup>44</sup>

Die höchst feierliche Ankündigung des bayerischen Ministerpräsidenten Max Streibl anlässlich des 46. Gaufestes in Partenkirchen gibt Anlass zur Besinnung. Ob da Herr Streibl mit „rein nach Europa“ nicht doch den europäischen Kontinent mit Deutschland verwechselt hat?

Dann nämlich hätte er auch berichten müssen, dass allein 1990 fast eine Million an Armutsflüchtlingen sich heuschreckenartig auf unser Land zugewälzt hat: 400000 deutschstämmige Aussiedler aus Russland und Polen, 300000 ehemalige DDR- Bürger und rund 200 000 Asylschwindler.

Warum hat Herr Streibl in seiner Festansprache nicht gleich die unabsehbaren Folgen dieser unglaublichen Völkerwanderung aufgezeigt. Neue Arbeitslosigkeit, höhere Steuern, unermessliche Soziallasten, katastrophale Wohnungsnot. Gerade diese wird sich noch mehr verstärken.

Schließlich wollen unsere Werdenfelser Trachtler und Bauern - nach Aussage des bayerischen Ministerpräsidenten - allesamt Europäer werden! Wieso eigentlich? Doch nicht deshalb, weil sie durch die total verkorkste EG-Agrarpolitik heuer nur einen Einkommensausfall von 20 Prozent verkraften müssen, zukünftig nur noch ein Bruchteil aller landwirtschaftlichen Betriebe überleben wird, und schließlich der Bauer zum Sozialfall degradiert werden wird.

---

<sup>42</sup> GPT 26.06.1991 red

<sup>43</sup> GPT 25.07.1991 ao

<sup>44</sup> GPT 19.08.1991 – Josef Buchwieser

Freilich: Landschaft, Kultur, Sitte und Tracht müssen wir weitergeben! Wer will das nicht? Wie aber kann unsere durch Eigenart des Landes und des Volkes bestimmte Kultur erhalten bleiben, wenn Bonner Berufseuropäer und sonstige multikulturell humanitäre Intelligenzia immerfort leeres Stroh dreschen?

*Josef Buchwieser, Im Schwarzenfeld 34, Mittenwald*

#### 04/1992 **Rep für eine Bickelstraße**<sup>45</sup>

Der Markt soll nach dem Willen der Republikaner bald eine Heinrich-Bickel-Straße bekommen. Wie gestern REP-Vorsitzender Pausewang mitteilte, habe er der Gemeinde vorgeschlagen, die Bahnhofstraße zwischen Fürstenstraße und Marienplatz umzubenennen. Es sei eine Verpflichtung, durch die Benennung einer Straße „den Künstler Bickel unsterblich zu machen.“

#### 04/1993 **Hüttl fordert „Erneuerung Deutschlands“**<sup>46</sup>

Garmisch-Partenkirchen - Um 20.48 Uhr war der Saal in der „Schranne“ gefüllt: Zu den bis dahin etwa 70 Interessenten an der Versammlung der Republikaner gesellte sich eine Gruppe junger Leute. Sie wurden begrüßt mit dem Zuruf „Hier ist kein Platz mehr“, durfte dann aber doch hinein. Wolfgang Hüttl, Landesvorsitzender der Partei, begrüßte sie mit der Ermahnung: „Es ist eine Frage des Anstands, wie man hier reinkommt.“

Die jungen Leute forderten den Landesvorsitzenden nach der Veranstaltung zu einer nicht vorgesehenen Diskussion, bei der er Farbe bekannte: Seine Partei will für Ausländer eine andere „Rechtsebene“ - weniger Recht als für deutsche Staatsbürger. Damit wären, das gab Hüttl zu, nicht mehr alle Menschen vor dem Gesetz gleich, sondern würden je nach Nationalität und Aufenthaltsdauer unterschiedlich behandelt. Volle Rechte hätten nur Deutsche.

Die Themen Ausländer, Asylanten, innere Sicherheit, Politikverdrossenheit und die „Erneuerung Deutschlands“ waren Schwerpunkte der etwa zweistündigen Rede. Das Thema Asyl soll mit einer Grundgesetzänderung vom Tisch: „Wenn es 20 Millionen Chinesen einfällt, politisch verfolgt zu sein und die bei uns „Asyl“ sagen, müssen wir sie nehmen“, so Wolfgang Hüttl.

Die innere Sicherheit fordern die Republikaner auch für sich. Sie sehen sich bundesweit als Verfolgte. „Wenn sie am Montag die Zeitung kaufen, können sie lesen, ob sie in der selben Veranstaltung waren“ machte Wolfgang Hüttl die Medien für das Bild der Partei verantwort-

---

<sup>45</sup> GPT 04.04.1992

<sup>46</sup> GPT 19.04.1993 well

lich. „Die Republikaner werden verfolgt, je weiter man nach Norden kommt, umso kaputter ist die Demokratie“. Und weil die Partei beobachtet werde, bat er um Entschuldigung: „Ich habe vergessen, den Verfassungsschutz zu begrüßen“. Die Politikverdrossenheit beruhe auf der Bestechlichkeit der herrschenden „Altparteien“.

„Republikaner haben keine Testautos, wir sind nicht bestechlich“. Für die Behebung der Wohnungsnot forderte Hüttl die Unterstützung beim Bau von Werks- und Sozialwohnungen. Die Europäische Einigung mache die Preise kaputt, „da sagen wir nein“. Für junge Leute forderte er ein „Staatsdienst-Jahr“, in dem Jungen und Mädchen als guter Soldat, in einem Umweltschutz-Korps, in der Entwicklungshilfe oder im sozialen Bereich tätig sein könnten.

Eine offizielle Diskussion fand nicht statt: „Damit haben wir schlechte Erfahrungen gemacht“, lehnte Ortsvorsitzender Udo Pausewang den Wunsch der jungen Anwesenden ab.

Aufgeschnappt:

Udo Pausewang über Helmut Kohl: „In einer Affenherde ist er der Alpha-Affe“ (Oberaffe).

Über andere Parteien: „Wir werden sie vor uns hertreiben wie eine Hammelherde“.

Josef Buchwieser, Oberstudienrat am Werdenfels Gymnasium und Kreisrat zu Asylbefürwortern: „Das sind humanitätsfanatische Moralapostel“. Über Asylanträge: „Asylchaoten aus dem Kosovo, die Genscher aus den Zuchthäusern eingekauft hat“.

Wolfgang Hüttl: „Stoiber ist der größte bayerische Rassist, der rumspringt, er hat von Verrassung gesprochen“.

„Wenn Lafontaine auf der Heimfahrt ein rotes Licht sieht, biegt er ab“.

Zur verweigerten Schönhuber-Telefonkarte: „Jede Halbnutte in Deutschland kann sich eine Telefonkarte drucken lassen, wieso wir nicht?“

04/1993 **Panikmache ist Geheimnis - Betr.: „Falsche Argumente wissentlich verschoben“<sup>47</sup>**

„Wie schrieb doch Riehl-Heyse kürzlich in der SZ über die schier unbezähmbare deutsche Sucht der Selbstgeißelung: „Eine Binsenweisheit, wir werden uns an den Gedanken gewöhnen müssen, dass wir (fast) alle zur Heiligkeit nicht taugen. Wäre es anders, stünden wir mit Mutter Teresa auf den Straßen Kalkuttas.“ Die verehrten Leserbriefschreiberinnen, A. v. Bülow und G. Rowell finden es enorm eindrucksvoll, ihren hohen moralischen Standard zu zelebrieren. Über ihre bußpredigerhafte humanitätsfanatische, fast menschheitsbeglückende Fernenliebe vergessen beide die Verantwortung für die eigene Familie, für die Nachbarn, für die vielen Schwachen im eigenen Land, für uns alle.

---

<sup>47</sup> GPT 28.04.1993 – Leserbrief Josef Buchwieser

Inwiefern ich Panikmache betreibe, bleibt Geheimnis der beiden selbsternannten Moralapostel! Wo finden sich Unwahrheiten in meinem Brief? Inwiefern werfen Sie mir Gewalt gegen „Mitbewohner“ vor und was sollen die Vorwürfe von sog. „ewig gestrigen Argumenten“? Tatsache ist, dass nicht ich ewig gestrige Argumente vorbringe, sondern dass die Armutsflüchtlinge falsche Argumente wissentlich vorschieben und dass Sie, meine verehrten Damen, überhaupt keines haben.

Frau Rowell fordert von mir statt „fader Eintopflerbriefe“ einen weiteren Schritt in Richtung Gerechtigkeit. Höchstwahrscheinlich findet die Dame es „gerecht“, wenn der deutsche Steuerzahler allein für die Monatsmiete des besagten bulgarischen Paares 2100 Mark aufzubringen hat. Wie sie diese „Gerechtigkeit“ einer jungen Familie mit Kindern, die eine bezahlbare Bleibe sucht, vermitteln will, bleibt wohl ein Geheimnis. Was wohl eine „800-Mark-Almosenrentnerin“ darüber denkt, wenn sie für ihre Mülltonne 540 Mark berappen muss?

Dass Gewalt kein Mittel der Demokratie ist, dazu habe ich, ganz im Sinn meiner Partei, unzählige Male Stellung bezogen. Nicht ich, oder meine Parteifreunde, sehr verehrte Frau Rowell, haben das Asylantenheim an der Brauhausstraße vernichtet, nicht wir haben die amerikanischen Freunde im Lokal niedergeschlagen, das waren kriminelle Chaoten aus dem Kosovo, von denen wir nach Ihrer Vorstellung, immer noch zu wenige in unserem Land haben. Wir praktizieren einen sonderbaren Altruismus auf Kosten der Chancen unserer Enkel. Solche Übertreibung macht aus einer Tugend eine selbstzerstörerische Untugend.“

*Josef Buchwieser, REP-Kreisrat*

07/1993 **Wahlen bei den REPS<sup>48</sup>**

Garmisch-Partenkirchen - Bei den Vorstandswahlen der Republikaner im Landkreis ist der bisherige Vorsitzende Udo Pausewang für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt worden. Als seine Stellvertreter fungieren Josef Buchwieser und Hans Uhl. Pausewang betonte nach seiner Wiederwahl: „Wir werden mit dieser bewährten Vorstandschaft in das Superwahljahr '94 gehen. Dort, wo wir antreten, wollen wir auch gewählt werden.“ Seine Partei, so Pausewang weiter, werde den „Altparteien das Fürchten lernen“.

11/1993 **Ein Mittenwalder ab '94 im Bayerischen Landtag?<sup>49</sup>** - Republikaner Josef Buchwieser rechnet sich gute Chancen aus.

Mittenwald - Wenn ihm gelingt, was er sich vorgenommen hat, wird er politischer Hoffnungsträger auch derjenigen sein, die ihn nicht gewählt haben: Der Mittenwalder Republika-

---

<sup>48</sup> GPT 07.07.1993 red

<sup>49</sup> GPT 27.11.1993 bb

ner Josef Buchwieser will 1994 einen Platz im Bayerischen Landtag. Der Oberstudien-, Kreis- und Gemeinderat: „Meine Hauptaufgabe sehe ich darin, mich zuvorderst für unsere Bevölkerung einzusetzen“.

Bei der Aufstellungsversammlung für den Landtag '94, bei der Josef Buchwieser einstimmig zum Stimmkreiskandidaten gewählt wurde, prophezeite ihm Parteichef Schönhuber „gute Chancen“, er selbst ist sehr zuversichtlich. Buchwieser: „Die Altparteien sind nicht mehr glaubwürdig, sie haben das Vertrauen der Bürger als ihr wichtigstes Kapital verspielt. Und gerade um dieses Vertrauen werde ich ringen - zum Wohle unseres Bayernlandes, unserer Bevölkerung und unserer Heimat“.

In einer Zeit, so der Landtags-Kandidat, in der die Gemeinden als Lastesel einer völlig verschuldeten Nation missbraucht werden und vor der Pleite stehen, müsse und werde Schwerpunkt seiner künftigen Politik die Wirtschaft seiner Heimat sein. Vorhaben wie das 34 Millionen teure Murnauer-Moos-Projekt in einer Situation, in der für den Bürger die Schmerzgrenze von Steuer- und Abgabenerhöhungen überschritten ist, stehen auf der roten Liste von Buchwieser.

Dem Mittenwalder Politiker liegt vielmehr Erhalt und Förderung des Mittelstandes, des Gewerbes und der Landwirtschaft am Herzen. Bei der Rettung der Klein- und Mittelbetriebe sowie der Arbeitsplätze sind Buchwieser sogenannte „Werkvertragsnehmer“ ein Dorn im Auge. Rigorosität verspricht, er in puncto Ausländerpolitik: „Arbeitsplätze für Ausländer sollten höchstens noch auf Zeit vergeben werden, und Sozialhilfeempfänger nach und nach in ihre Heimat zurückgeschickt werden.“

"Wieder einen höheren Stellenwert fordert der Republikaner für die Landwirtschaft. Ursache für das anhaltende Höfesterben und dafür, dass auch im Landkreis zahlreiche Landwirte ihre Existenzgrundlage verloren haben, sei das völlige Versagen der EG-Agrarpolitik. Zuschussmilliarden, so Buchwieser, gehören nicht in EG-Agrarüberschussfonds. Sie haben vielmehr dem nationalen Agrarmarkt zuzufließen und damit den heimischen Landwirten, die nicht Überschüsse produzieren, sondern vor dem „Aus“ als Landwirt stehen.

Sein besonderes Augenmerk will Buchwieser auch auf die Sozial- und Wohnungspolitik richten. Deutschen Staatsangehörigen müsse der Vorrang bei der Wohnungsversorgung und bei der Vergabe von Arbeitsplätzen gelten, untere Lohngruppen sollten deutlich besser gestellt sein als vergleichbare Sozialhilfeempfänger.

Überregional weiß Josef Buchwieser nur ein Mittel, den Staat vor dem Kollaps zu retten: Harte Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen und ein langsames, wohlbedachtes Angleichen des Lebensstandards der neuen an die alten Bundesländer.

08/1993 **Kampflust?** – Leserbrief von Josef Buchwieser<sup>50</sup>

„Das feierliche Gelöbnis von rund 320 Rekruten am Hohen Brendten veranlasst zum ernsthaften Nachdenken über die künftige Militär- und Außenpolitik unserer Republik. Selbst der Hinweis des Kommandeurs Preissing, Kernaufgabe der Bundeswehr ist die Landesverteidigung, erscheint eher als untauglicher Versuch, kritische Gemüter zu besänftigen als überzeugend.

Der Einsatz unserer Gebirgsjäger in Somalia steht bevor. Die Äußerung von Verteidigung von Recht und Freiheit des eigenen Volkes als alleinige Zukunftsaufgabe erscheint auch deshalb fragwürdig, da das Verteidigungsministerium mit dem sog. „Naumann Papier“ - ein von General Naumann erarbeitetes Konzept - die eigentliche Verteidigungspolitik verlässt und sich auf das glatte Parkett gefährlicher Außenpolitik vorwagt.

Im besagten Papier wird die ursprünglich defensiv konzipierte Militärpolitik (siehe Art. 87a GG) ersetzt durch das Ziel, endlich wieder weltweit kämpfen zu dürfen. Warum eigentlich? Haben wir nicht genug eigene Probleme vor der Haustür? Oder geht es den Verteidigungsstrategen vielleicht doch nicht nur darum, Humanitäres, Friedensschaffendes, Friedenerhaltendes zu leisten? Eher scheint, die Bundeswehr will endlich ihr angekratztes Selbstbewusstsein stärken, sie will sich einen Sitz im Weltsicherheitsrat schaffen, sie will sich endlich die lang ersehnte Weltgeltung verschaffen.

Grundsätzlich ist der Einsatz unserer Soldaten in Somalia abzulehnen; zumindest solange die sogenannten Feindstaaten-Klauseln fortbestehen. Schließlich wurden die „Landser“ des zweiten Weltkrieges als Kriegsverbrecher und als Gefahr für den Weltfrieden diffamiert. Entscheidend ist die inzwischen toderne Frage: Können deutsche Soldaten in Somalia eine sinnvolle Aufgabe erfüllen am Aufbau ohne unkalkulierbares Risiko? Oder spricht eine jahrzehntelange, verkorkste Entwicklungshilfe nicht dagegen? Und wäre es nicht einträglicher, die Bundeswehr bei der katastrophalen Borkenkäferplage in der Heimat einzusetzen, anstatt sie als Welt-Hilfspolizei in alle Welt zu schicken?“

*Josef Buchwieser, Im Schwarzenfeld 34, 82481 Mittenwald*

09/1993 **Eine bloße Worthülse - Über die Europäische Gemeinschaft**<sup>51</sup> - Leserbrief:

„Selbst die angestregten Bemühungen des „gelernten Europäers“ Kahn-Ackermann, Begeisterung für eine Europäische Union zu wecken, stießen bei einem überaus sachkundigen Publikum auf ein arg gedämpftes Echo. Lediglich mein Hinweis auf eine mögliche kommun-

---

<sup>50</sup> GPT 12.08.1993 – Leserbrief von Josef Buchwieser

<sup>51</sup> GPT 03.09.1993 – Leserbrief von Josef Buchwieser

le Karriere eines karibischen Stammeshäuptlings als Landrat in Werdenfels, vermochte Erheiterndes beisteuern.

Tatsache ist, in einer Europäischen Union kann sich jeder EG-Bürger, auch der aus der EG-Karibik (französ. Übersee-Departement!) frei bewegen, überall im EG-Raum seinen Wohnsitz wählen und das aktive und passive Wahlrecht ausüben! Tatsache ist auch, dass im Maastrichter Vertrag ein Gemeinwesen vorgesehen ist, mit staatsähnlichem Charakter, eigenen Vollzugsorganen und insbesondere einer eigenen Unionsbürgerschaft. Dieser „neue Staat“ repräsentiert nicht einen Zweckverband mit begrenzter Ermächtigung, sondern ein staatsähnliches Gemeinwesen mit grundsätzlicher Allzuständigkeit. Eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen EU und den Mitgliedstaaten ist im Vertrag nicht vorgesehen. Das vielgepriesene Prinzip der Subsidiarität verkommt zu einer bloßen Worthülse, ein Begriff, der alles und nichts besagt.

Der Mainzer Rechtswissenschaftler, Prof. Dr. Dr. Hans Rupp, kommt in seiner Analyse zu folgendem Ergebnis: „Das im Maastrichter Vertrag vorgeschriebene Verfassungs- und Ordnungssystem der Europäischen Union kollidiert mit den Grundprinzipien des Grundgesetzes. Das gilt insbesondere für die im Art. 20 GG verankerten Prinzipien der parlamentarischen Demokratie, der Gewaltenteilung, des Föderalismus.“

Der grundgesetzliche Staat Bundesrepublik wird durch einen anderen „föderalen Bundesstaat“ ersetzt. Eine solche Ablösung aber ist nach Art. 79 Abs. 3 GG unzulässig.

Die Maastrichter Verträge verstoßen in eklatanter Weise gegen unabänderliche Verfassungsprinzipien, wie dem Demokratieprinzip, der deutschen Volkssouveränität und der Gewaltenteilung.“

*Josef Buchwieser, REP-Kreisrat Mittenwald*

10/1993 Alle Mitbürger laden wir herzlich ein zu einer Veranstaltung mit Altoberbürgermeister von Würzburg **Dr. Klaus Zeidler<sup>52</sup> (früher SPD) und jetzt Republikaner** am Freitag, dem 22. 10. 1993, 20 Uhr, im Gasthaus „Zur Schranne“, Garmisch-Partenkirchen.

Deutschland zuerst!

Ihr Udo Pausewang Kreisvorsitzender

Bei dieser Gelegenheit werden der Landtagskandidat Josef Buchwieser sowie der Bezirkstagskandidat Udo Pausewang Rede und Antwort stehen.

„Männer wie der Alt-Oberbürgermeister von Würzburg, Dr. Klaus Zeidler und Hans Hirzl,

---

<sup>52</sup> GPT 17.10.1993 - Anzeige

ehem. Mitglied der „Weißen Rose“, haben schon längst den Weg zu den Republikanern gefunden. Kommen auch Sie! Ihr Udo Pausewang, Kreisvorsitzender, Kreis- und Gemeinderat“

01/1994 **Rechte Staatsdiener: Bonn droht den Rep**<sup>53</sup>

Garmisch-Partenkirchen - Staatsdiener und rechtsradikale Gesinnung - nach Auffassung des Bundesinnenministeriums passt das zusammen wie Feuer und Wasser. Bonn will das offenbar nicht länger hinnehmen und rasselt mit dem Säbel: Wer als Beamter zugleich Funktionär bei den Republikanern ist, dem droht Entlassung. Im Landkreis Garmisch-Partenkirchen wären drei Rep betroffen: Kreisrat Josef Buchwieser (Lehrer) sowie die Gemeinderäte Udo Pausewang (Strafvollzug) und Franz Lankes (Strafvollzug).

Der Vorgesetzte von Oberstudienrat Buchwieser, Oberstudiendirektor Rudolf Essl vom Werdenfels-Gymnasium, sieht bislang keinen Grund, über Buchwieser wegen dessen politischer Einstellung zu klagen. „Es sei denn, er würde im Rahmen des Unterrichts seine Weltanschauung weitergeben“. Dies sei bisher aber nicht geschehen.

„Was jemand privat macht, ist dessen Privatangelegenheit“, meinte Essl. Der Schulleiter macht da keinen Unterschied zwischen einem Kaninchenzüchter und einem Funktionär einer extrem rechten oder linken Partei.

Im Übrigen habe er unter den Lehrern Mitglieder aller Parteien: „Eine große Koalition zum Wohl des Werdenfels-Gymnasiums“. Anders gesagt: Die Schule habe zu allen Parteien einen Draht, wie Essl betonte.

Bisher fehlt den Vorgesetzten von verbeamteten Republikanern auch eine Anweisung der Innenminister Bonns und Münchens. Dies bestätigte auch der Leiter der Justizvollzugsanstalt in Landsberg, Regierungsdirektor Heinz Döschl, der auch der JVA in Garmisch-Partenkirchen vorsteht. Schulleiter Essl ist der Ansicht, eine Partei müsste erst ganz verboten werden, um wirklich eine Handhabe zu haben.

Gelassen sieht den Bonner Plänen Josef Buchwieser entgegen. Er sieht darin eine Kampagne, die bereits seit vielen Jahren laufe. „Sie versuchen, unsere Partei als verfassungswidrig darzustellen“. Diesen „Einschüchterungsversuchen“ will er sich nicht beugen.

01/1994 Leserbrief

„Trotz zweier **Gesundheitsreformen**<sup>54</sup>, ständiger Beitragserhöhungen und drastischer Ausgabenkürzungen im Bereich Gesundheit müssen wir zukünftig - lt. Seehofers „Weih-

---

<sup>53</sup> GPT 10.01.1994 sto

<sup>54</sup> GPT 19.01.1994 – Leserbrief von Josef Buchwieser



nachtsbotschaft“ - damit rechnen, „Bagatellsachen“, Arzneien und die Krankenhausverpflegung selbst zu zahlen. Auch die Rentner haben sich mit einer „anderen Beteiligung“ an der Krankenversicherung zu engagieren. Im Klartext: Die Beiträge werden jährlich erhöht, im Krankheitsfall muss der Versicherte für die Behandlungskosten selber aufkommen!

Warum verschweigt Herr Seehofer eigentlich bei seiner Schelte des Kranken-versicherten: dass der zu-verlässige Beitragszahler an der Misere des Gesundheitswesens nicht die geringste Schuld trägt; dass nach der sozialistischen Pleite die gesamte soziale Sicherung auf die Ex-DDR übertragen wurde; dass die gesamte Arbeitslosen- Kranken- und Rentenversicherung mit harten DM beglichen wird; dass innerhalb von vier Wochen rund 4,4 Millionen Renten auf West-Niveau angeglichen wurden und dass aus wertlosen 500 Ost-Mark-Renten jetzt netto 1400 DM Durchschnittsrenten geworden sind - wer kommt denn für alle diese Lasten auf? Warum geht Herr Seehofer nicht ein auf die milliardenschweren finanziellen Belastungen, die unser soziales Netz aushalten muss durch die täglich massenhaften Fluchtbewegungen aus allen Winkeln der Erde?“

*Josef Buchwieser, 82481 Mittenwald*

01/1994 **Verwicklung in Affären**<sup>55</sup> - Leserbrief zu „Rechte Staatsdiener.“

„Der Verfasser des Artikels ist sehr schlecht informiert, da er nicht einmal weiß, wer überhaupt Funktionär der Republikaner im Landtag ist. Deshalb zur Information: Kreisvorsitzender ist Gemeinde- und Kreisrat Udo Pausewang, stellvertretender Kreisvorsitzender ist Kreisrat Hans Uhl, der stellvertretende Kreisratsvorsitzende Josef Buchwieser (Gemeinde- und Kreisrat). Gemeinderat Franz Lankes ist kein Funktionär der Partei.

Wir, die die Partei hier im Landkreis vertreten, sind alle unbescholtene Bürger, im Gegensatz zu den Vertretern der Altparteien, die in Affären verwickelt sind.“

*Udo Pausewang, Garmisch-Partenkirchen*

01/1994 **Zum Bericht über den Besuch von Bürgermeister Neuner bei den Mittenwalder Soldaten in Somalia:**<sup>56</sup>

„Jetzt pilgern sie alle nach Somalia, Frau Geiger, Herr Rühle und das halbe Bonner Parlament, so war ich doch erstaunt, dass plötzlich auch der Bürgermeister von Mittenwald bei den Soldaten auftaucht. Eigentlich wäre diese Reise nichts besonderes, wenn nicht der Einsatzort Somalia, am anderen Ende der Welt liegt; Der gesamte „Öffentliche Dienst“ beklagt

---

<sup>55</sup> GPT 25.01.1994 – Leserbrief von Udo Pausewang

<sup>56</sup> GPT 28.01.1994 – Leserbrief von Udo Pausewang

die leeren Kassen, aber für solche Ausflüge von Zivilisten wird unnötig Steuergeld verplempert.

Nachdem gerade auch die Gebirgsjäger des Zweiten Weltkrieges als Kriegsverbrecher und Gefahr für den Weltfrieden diffamiert wurden, Deutschland keinen ständigen Sitz in der UNO hat, sind solche Auslandseinsätze abzulehnen.

*Udo Pausewang, Wilhelm-von-Miller-Weg 5, Garmisch-Partenkirchen*

04/1994 **Protest gegen Rep-Äußerungen**<sup>57</sup> - Klement Fend fordert Pausewang auf, sich von Schönhuber zu distanzieren

Garmisch-Partenkirchen - Oberammergau Bürgermeister Klement Fend hat den Kreisvorsitzenden der Republikaner öffentlich dazu aufgefordert, sich von den Äußerungen seines Parteichefs zu distanzieren. Franz Schönhuber hatte den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis nach dem Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck als einen der „schlimmsten Volksverhetzer in Deutschland“ bezeichnet.

In einem offenen Brief an Pausewang schreibt Fend: „Herr Schönhuber hat durch seine Äußerungen großen Schaden für unser Land angerichtet.“

04/1994 **Pausewang bedauert kein Wort Schönhubers**<sup>58</sup>

Garmisch-Partenkirchen - Der Kreisvorsitzende der Rep, Udo Pausewang, sieht keinen Grund, sich von den Äußerungen Franz Schönhubers zu distanzieren. Wie berichtet, hatte der Parteichef der Republikaner den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, als einen der „schlimmsten Volksverhetzer in Deutschland“ verunglimpft.

Die Äußerung nur kurz nach dem Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck sorgte für Empörung über die Parteigrenzen hinweg. Oberammergau Bürgermeister Klement Fend forderte daraufhin Pausewang öffentlich auf, sich zu distanzieren (wir berichteten).

„In Kenntnis und in Anbetracht der unseligen und himmelschreienden Verfolgung und Vernichtung der Juden“, schrieb Fend, „sind die Worte von Herrn Schönhuber ungeheuerlich und beschämend“. Sie zeigten aber auch exemplarisch die Denkstrukturen der Parteiführung der Republikaner.

---

<sup>57</sup> GPT 06.04.1994 sto

<sup>58</sup> GPT 08.04.1994 sto

Pausewang unterstrich in seinem Antwortschreiben diesen Eindruck. „Wir Republikaner lassen uns von niemandem, auch nicht von Herrn Bubis, als Brandstifter verleumden. Dagegen wehren wir uns zurecht“.

Der Rep-Kreisvorsitzende rief Klement Fend dazu auf, er solle sich von den „Amigos Streibl, Gauweiler“ distanzieren. Wo bleibe die Distanzierung von Alfred Dick, der aus Ärger über seine Absetzung gesagt habe: „So ist es gewesen. Heil Hitler, Amen“, konterte Pausewang.

07/1994 **DIE REPUBLIKANER**<sup>59</sup>

„Liebe Mitbürger, liebe Eltern

ich lade Sie herzlich ein am Samstag, den 9. Juli 1994, 19.30 Uhr Gasthof „Zur Schranne“, Garmisch-Partenkirchen.

Keine Drogenfreigabe - Drogenberater Günther Ihlefeld aus Landshut

Innere Sicherheit - Bezirksvorsitzender Oberbayerns, Gernold Jellinek - Polizeibeamter sowie die Landtagskandidaten Josef Buchwieser, Mittenwald sowie Frau Bärbel Bannert aus Ingolstadt.

Ihr Udo Pausewang, Kreisvorsitzender, Gemeinde- und Kreisrat“

09/1994 **Ein weiteres Ansteigen der Umlagen verhindern - Udo Pausewang: Bezirkstagskandidat der REP**<sup>60</sup>

Garmisch-Partenkirchen - Bei den Wahlen am 25. September kandidiert der Republikaner Udo Pausewang für den Bezirkstag. Nachfolgend stellt der Garmisch-Partenkirchner sich und seine politischen Ziele vor:

„Persönliche Daten: Alter 51; Familienstand verheiratet, zwei Kinder; Ausbildung Kraftfahrzeug-Mechaniker; Beruflicher Werdegang: Nach der Gesellenprüfung mit 18 Jahren zum Bundesgrenzschutz, dort bei einer Technischen Einheit acht Jahre; 1968 Eintritt in den Bayerischen Justizvollzugsdienst, damalige Strafanstalt München-Stadelheim, seit 1972 Dienst in der Justizvollzugsanstalt Garmisch-Partenkirchen.

Politische Daten: Seit Februar 1984, also kurz nach der Gründung der Republikaner, Mitglied der Partei, Mitglied-Nummer 635. Vorher Mitglied bei der CSU/CDU in Bonn. Kreisvorsitzender seit 1984, 1986 bis 1988 stellvertretender Bezirksvorsitzender von Oberbayern. Landtagskandidat 1986, 1990 als Gemeinderat von Garmisch-Partenkirchen und als Kreisrat tätig.

---

<sup>59</sup> KB 12.07.1994 - Anzeige

<sup>60</sup> GPT 12.09.1994 red

Ziele im Bezirkstag: Als Gemeinderat und Kreisrat in erster Linie ein weiteres Ansteigen der Bezirksumlage zu verhindern. Wenn man bedenkt, dass die Pro-Kopf-Verschuldung der Bevölkerung im Bezirksgebiet von 268 auf 341 Mark innerhalb eines Jahres angestiegen ist, also 27 Prozent, so ist dieses geradezu abenteuerlich und unverantwortlich.

Einsparungen beim geplanten Verwaltungsgebäude des Bezirks in München, hier Verkauf des Grundstücks an der Deisenhofer Straße und aus dem Erlös in Haar auf eigenem Grund ein bescheidenes Bezirkstagsgebäude zu errichten.

Weitere Einsparungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit des Bezirks und bei der Umwandlung der Bezirkskrankenhäuser in Eigenbetriebe, strenge Aufgabenkontrollen und Leistungsreduzierungen, vor allem im freiwilligen Bereich. Nur dann lassen sich die Eigenbetriebe künftig auch rentabel führen und sich der Bezirkshaushalt entlasten. Soweit einige Schwerpunkte.“

09/1994 **Josef Buchwieser will für die Republikaner in den Landtag einziehen**<sup>61</sup>

Garmisch-Partenkirchen - Für die Republikaner kandidiert Josef Buchwieser als Direktkandidat für den Landtag. Er stellt sich wie folgt vor:

„Meine Aufnahme in die Partei „Die Republikaner“ erfolgte 1989. Im März des darauffolgenden Jahres trat ich zu den Kommunalwahlen an. Mit dem jeweils besten Stimmenergebnis wurde ich in den Kreistag gewählt. Seit zwei Jahren bin ich stellvertretender Kreisvorsitzender. Die Aufstellungsversammlungen unserer Partei nominierten mich einstimmig als Landtagsdirektkandidat und zugleich als Direktkandidaten - aus vier Bewerbern - für die Bundestagswahl im Wahlkreis Garmisch-Partenkirchen, Weilheim und Landsberg.

Mittelstand, Gewerbe und Landwirtschaft garantieren Fortschritt und Wohlstand in unserer Heimat. Ihrer schleichenden Vernichtung ist deshalb Einhalt zu gebieten. Ständige Steuererhöhungen und die Umverteilung der Zahlungsströme nach Brüssel vernichten diesen Wohlstandsmotor. Der Mittelstand ist der tragende Netto-Steuerzahler und damit Hauptindikator unseres Wirtschaftswachstums. Unsere Handwerksbetriebe, insbesondere auch das Baugewerbe, sind einem gnadenlosen Verdrängungswettbewerb mit osteuropäischen und EU-Firmen ausgeliefert. Produktionsverlagerungen ins Ausland und sogenannte Werksverträge sind aufzukündigen.

In der Verkehrspolitik trete ich ein für einen endlich zügigen Ausbau von Umgehungsstraßen, für eine Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene (Holztransporte!) und den endgültigen

---

<sup>61</sup> GPT 19.09.1994

Planfeststellungsbeschluss zur B2/B2neu. Allerdings - eine autofahrerfeindliche Politik mit immer höheren Mineralölsteuern und Autobahngebühren lehne ich ab.

Mein kurzfristig vorrangiges Ziel ist, bei der Verhinderung der Tiroler Kläranlage im Nater- und Wasserschutzgebiet Ried mitzuwirken. Leider hat uns die Bayerische Staatsregierung hier im Stich gelassen. Dieser Fall beweist - wieder einmal - wie wichtig es ist, einem Einheimischen, heimatverbundenen und echten Werdenfelser Vertrauen und Stimme zu schenken.“

09/1994 **DIE REPUBLIKANER**<sup>62</sup>

„Liebe Wählerinnen und Wähler, jetzt erinnern sich die **Politiker der Altparteien** wieder an den Wähler.

- sie geben sich volkstümlich, schütteln die Hände, klopfen Schultern
- schreiben Briefe, dass die Konjunktur steigt, die Renten sind gesichert, die Verbrechen sinken, die Asylbewerberzahlen fallen, die Inflationsrate sinkt, die Arbeitslosenzahlen wurden verringert.

Sie fragen, von welchem Schlaraffenland ich spreche? Vom Wahlk(r)ampfl

- So soll es nicht sein!
  - Vergessen Sie auch nicht, wie sich die Politiker der Altparteien bedient haben. Amigo-, Figuero-, Schubladen-, Kanzlei-, Gehalts- und Dienstwagenaffären.
  - Der Dumme war immer der Steuerzahler... Otto Normalverbraucher
  - Vergessen Sie auch nicht, wie Sie den hochgelobten Max Streibl fallengelassen haben.
- Kein Wort des Bedauerns aus dem Munde der CSU im Landkreis.

- Wollen Sie dieses alles?

deshalb LISTE 5

Nein, dann wählen Sie am 25. 9. 94 die REP - Liste 5

Bürger stoppt die linke Volksfront aus SPD - Grüne – PDS

Ihr Udo Pausewang“

05/1994 **Anstieg der Masseneinwanderung**<sup>63</sup> - Erwartungen der Republikaner zu den bevorstehenden Europawahlen

Garmisch-Partenkirchen - Zu unserem Artikel „Wo stehen die Parteien“ erreichte uns nun die Meinung der Republikaner.

---

<sup>62</sup> KB 21.09.1994 - Anzeige

<sup>63</sup> GPT 20.05.1994 td

Wir fragten Kreisvorsitzende verschiedener Parteien, was sie sich von der Europawahl erwarten. Dazu Josef Buchwieser: „Grundsätzlich begrüße ich den Gedanken einer Beteiligung der Regionen am europäischen Reinigungsprozess. Ich lehne jedoch die Zielvorstellung eines europäischen Föderalismus ab, demzufolge ein vereintes Europa als ein Bundesstaat nach deutschem Muster aufgebaut sein müsse.

Ein von Brüsseler Bürokraten gesteuerter europäischer Bundesstaat ohne Grenzen und die geplante Wirtschafts- und Währungsunion werden zum Verlust unserer Währung, zum Verlust deutscher Arbeitsplätze, zu einem weiteren Anstieg der Subventionierungen und der Masseneinwanderungen, zum Import von Kriminalität und zur Vernichtung weiterer bäuerlicher Betriebe führen. Im Interesse des Erhalts unseres Gemeinwesens muss dies verhindert werden.“

05/1994 **Hunger-Hilfe** - Leserbrief

„Wenn nach der Meinung eines Teilnehmers an der Podiumsdiskussion der Garmischer Kollingfamilie die Asylanten als „Wirtschaftsfaktor für marode Gasthöfe“ gelten, so täuscht diese - eher schmeichelhafte - Feststellung nicht über die bittere Tatsache hinweg, dass die Asylproblematik an Brisanz zugenommen hat.

Durch „koloniale Ausbeutung“ haben wir nach über 75 Jahren deutscher Entkolonialisierung nichts wiedergutzumachen, zumal die ehemaligen Kolonien große wirtschaftliche und politische Vorteile genießen, wie Ausbau der Infrastruktur, Sonderabkommen mit der EG, politische Kontakte pflegen ect. Der Vorschlag, die Hilfe an Ort und Stelle zu gewähren, wäre da schon eher zu begrüßen. Kommt die Hilfe an? Viele Armutsländer verloren durch die ständigen Nahrungsmittelhilfen das Vertrauen in ihrer Hände Arbeit. Vieles verschwindet immer noch in dunklen Kanälen, im Sumpf der Korruption oder landet beim machthungrigen Militär. Die EG selbst unterläuft durch dumping Exportpreise, z. B. bei den Fleischexporten nach Westafrika, ihre eigene Entwicklungshilfe.“

*Josef Buchwieser, 82481 Mittenwald*

06/1994 **Udo Pausewang nimmt Schönhuber in Schutz**<sup>64</sup>

Garmisch-Partenkirchen - In unserem Artikel „Wo stehen die Parteien?“, erklärte Axel Doering, dass die Republikaner nur in 10 Prozent aller Sitzungen des Europaparlaments gewesen seien. Udo Pausewang von den Reps widerspricht dieser Behauptung. Wenn jemand faul sei, wäre dies nur Axel Doering, denn seine Weisheiten seien Wort für Wort aus der

---

<sup>64</sup> GPT 01.06.1994 red

pseudowissenschaftlichen „Studie“ der Landtagskandidatin Claudia Zimmermann abgeschrieben. Fest stehe jedoch, dass für die Republikaner im Europaparlament nur noch Franz Schönhuber zugegen sei. Nachdem er die „Technische Fraktion der Europäischen Rechten“ verlassen habe, sei er als fraktionsloser Abgeordneter tätig gewesen und als solcher nicht stimmberechtigt. Trotzdem hätte er an 30 Prozent aller Ausschusssitzungen teilgenommen.

06/1994 **Kienzle kehrt Republikanern Rücken**<sup>65</sup>

Murnau - Fast 1000 Stimmen erhielt der Republikaner Dieter Kienzle in Murnau bei der letzten Kommunalwahl. Jetzt kehrt er seiner Partei den Rücken. In einem Brief an die Redaktion begründet er diesen Schritt wie folgt:

„Ich erkläre hiermit öffentlich meinen Austritt aus der Partei „Die Republikaner“. Die Murnauer Bürger, die mir bei der letzten Kommunalwahl ihre Stimme gegeben haben, bitte ich um Verständnis. Aber ich kann mich nicht mehr für eine Partei einsetzen, die durch Untätigkeit, Inkompetenz und schlechten Stil sich selber immer mehr ins Abseits befördert. Ich bin enttäuscht und verbittert über das äußerst mangelhafte Engagement im Europa-Parlament.

Es hat auch keinen Sinn mehr, diese Partei zu wählen, wenn vom Bürger gewählte Vertreter ihrer Aufgabe und ihrem Auftrag nicht gerecht werden. Die Partei hat im Europa-Parlament versagt und ist somit auch für den Landtag und Bundestag nicht mehr akzeptabel. Die Verantwortung für die Misere einer einmal aufstrebenden und hoffnungsvollen Partei trägt der Vorsitzende Herr Schönhuber. “

*Dieter Kienzle, Dorfstraße 13, Murnau*

06/1994 **Abtrünnige Querulanten wie U-Boote**<sup>66</sup> - „Kienzle kehrt Republikanern den Rücken“, Leserbrief vom 4. Juni

„Der Leserbrief erweckt den Eindruck, dass wieder einmal ein Funktionär aus bitterer Enttäuschung die Partei verlassen und damit eine „Führungskrise“ ausgelöst hat. In Wirklichkeit dient dieser Parteiaustritt eines unbedarften Mitglieds unmittelbar vor den Wahlen einer höchst raffiniert eingefädelten Wahlkampfstrategie der Etablierten.

Die Vorboten im Superwahljahr werfen ihre Schatten voraus: Abtrünnige notorische Querulanten tauchen als „U-Boote“ auf und entdecken urplötzlich, nach jahrelanger Mitgliedschaft, die „Untätigkeit“ und „Inkompetenz“ der anderen. Meines Wissens halten sich die Beiträge Kienzles in bescheidenen Grenzen. Er hat in vier Jahren keine einzige Mitgliederversamm-

---

<sup>65</sup> GPT 05.06.1994 – Leserbrief von Dieter Kienzle

<sup>66</sup> GPT 11.06.1994 – Leserbrief von Josef Buchwieser

lung besucht. Was grundsätzlich solche Parteiaustritte angeht, so ist davon auszugehen, dass die Altparteien daran nicht immer unbeteiligt sind. Im Übrigen laufen den Etablierten die Mitglieder in Scharen davon. Freilich, alle Mitglieder der Republikaner sehen sich einer ständigen Existenzbedrohung ausgesetzt. Wenn aber einer aus solchen verständlichen Gründen die Partei verlässt, dann tut er dies leise.“

*Josef Buchwieser, Stellvertretender Kreisvorsitzender der Republikaner*

1994 **Auszug aus LT-Wahlprospekt Buchwieser - 1994**<sup>67</sup>

„Am 25. September und am 16. Oktober dieses Jahres ist das Volk der Souverän. Wir verzichten auf die bisherigen „Amigo-Skandal- und Affärenminister“. Was wir brauchen, sind Politiker, die aus dem Volk kommen, Menschen, die noch nicht „abgehoben haben“. Wir brauchen Politiker, welche die Sorgen und Nöte unserer Bevölkerung aus eigener Erfahrung kennen.

Ich komme aus dem Volk; ich bin einer der Ihren!

Ich bitte deshalb um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme

Ihr Josef Buchwieser“

12/1995 **Sepp Buchwieser soll Kandidatur aufgeben**<sup>68</sup> - Bürger-Union spricht von „getrübtem Vertrauensverhältnis“

Mittenwald - Unterm Karwendel brodeln die Gerüchteküche: Was ist bei der „Bürger-Union“ geschehen, ist Sepp Buchwieser noch Bürgermeisterkandidat? Wir fragten sowohl Bürger-Union-Vorstand Dietmar Küffler als auch Buchwieser selbst. Danach steht fest, dass ihm nahegelegt wurde, die Kandidatur zurückzuziehen, er selbst bislang aber nicht will.

Die Versammlung der Bürger-Union, bei der die Gemeinderatskandidaten aufgestellt werden sollten, ging ohne Buchwieser und ein weiteres Vorstandsmitglied vonstatten. Beide waren, so erklärte er gestern, eingeladen worden, weil er als Kandidat sein Recht beansprucht habe, für das andere Vorstandsmitglied, eine Frau, einen guten Listenplatz zu bekommen. Daraufhin kam es zum Zerwürfnis und die Bürger-Union legte gestern folgende Presseerklärung vor:

„Aufgrund des schwer getrübten Vertrauensverhältnisses zwischen der Bürger-Union und Herrn Buchwieser hat die Vorstandschaft, welche sich aus 7 Mitgliedern zusammensetzt, mit 5 Anwesenden beschlossen, Herrn Buchwieser nahezu legen, seine Bürgermeisterkandidatur aus persönlichen Gründen zurückzuziehen. Es wurde ihm ferner nahegelegt, sei-

---

<sup>67</sup> Auszug aus LT-Wahlprospekt Josef Buchwieser - 1994

<sup>68</sup> GPT 01.12.1995 wk



ne Mitgliedschaft im Verein zu beenden. Die Mitglieder werden in den nächsten Tagen zu entscheiden haben, ob bei erheblich getrübttem Vertrauensverhältnis zwischen Herrn Buchwieser und ihrer Vorstandschaft eine weitere Zusammenarbeit mit diesem noch Sinn macht. Die Bürger-Union bedauert zutiefst, dass derartige Schritte zwangsläufig nötig wurden.“

Buchwieser selbst erklärte, er sehe es als sein gutes Recht an, einen Vorschlag für die Besetzung eines Listenplatzes mit einer Frau zu machen. Dies Recht habe jedes Mitglied. Das Verlangen, die Bürgermeisterkandidatur zurückzuziehen und aus der Organisation auszutreten, werde er im Hinblick auf die Satzungsmäßigkeit rechtlich überprüfen lassen: „Da gebe ich nicht nach.“

#### 04/1995 **Buchwieser aus „Rep“ ausgetreten**<sup>69</sup>

Mittenwald - Josef Buchwieser, seit 1990 Mitglied des Mittenwalder Gemeinderates, gibt bekannt, dass er aus der Partei „Die Republikaner“ ausgetreten ist. Er gehört dieser politischen Gruppierung somit nicht mehr an. Seine zukünftige politische Tätigkeit will er ausschließlich auf kommunaler Ebene fortsetzen, aber nicht mehr, wie er sagt, als Einzelkämpfer. Buchwieser war bislang der einzige Republikaner im Gemeinderat. Bei seiner Kandidatur um ein Mandat im Bayerischen Landtag war er bei der vergangenen Wahl gescheitert.

Der Studiendirektor am Werdenfels-Gymnasium teilt weiter mit, dass er nunmehr dem Verein „Es geht auch anders“ beitrifft und dort verantwortungsvoll mitarbeiten will. Buchwieser: „Gespräche mit dem Verein haben eindeutig ergeben, dass wir in allen wesentlichen und entscheidenden kommunal-politischen Sachfragen grundsätzlich übereinstimmen. Dieser Verein ist weder parteigebunden noch hat er sich obrigkeitstaatlichen Sachzwängen zu unterwerfen.“

#### 04/1995 **„Vermessen“ - Zum Bericht über den Austritt von Josef Buchwieser bei den Republikanern vom 10. April:**<sup>70</sup>

„Herr Buchwieser hätte gut daran getan, bereits im Oktober 1994, kurz nach der Bundestagswahl, seine Wähler darüber zu informieren, dass er die Partei der Republikaner verlassen hat. Das wäre ehrlich und sauber gewesen. Buchwieser hat es nämlich nicht verkraften können, dass er nicht in den Landtag als Abgeordneter eingezogen ist, er war so vermessen, zu glauben, er schlägt die CSU. Jetzt, nach Monaten so scheinheilig die Republikaner zu diffamieren, ist schäbig und unehrenhaft. Wenn die Republikaner eine so schreckliche Partei sind, sollte Herr Buchwieser schnellsten seine durch die Partei erlangten Mandate niederle-

---

<sup>69</sup> GPT 10.04.1995 red

<sup>70</sup> GPT 19.04.1995 – Leserbrief von Udo Pausewang

gen. Ansonsten kann ich nur noch sagen: Grüß Gott und auf Wiedersehen, Herr Abgeordneter.“

*Udo Pauseweg (sic!), Kreisvorsitzender Republikaner Garmisch-Partenkirchen*

10/1995 **Rep fordern Ehren für Pössinger**<sup>71</sup> - GAP (sto) - Die Republikaner machen sich stark für Michael Pössinger, den „Retter von Garmisch-Partenkirchen“.

Gemeinderat und Rep-Kreisvorsitzender Udo Pausewang hat die Marktgemeinde in einer Mitteilung an die Presse aufgefordert, Michael Pössinger endlich zum Ehrenbürger zu machen. Pössinger hat nach eigener Darstellung 1945 den Ort vor der Zerstörung durch die Amerikaner bewahrt.

12/1995 **Die Kandidatur wird jetzt zurückgezogen - Beschluss der „Bürger-Union“ - Doch Buchwieser wehrt sich**<sup>72</sup>

Mittenwald - Zweiter Akt im Streit zwischen Mittenwalder Bürger-Union und deren bisherigem Bürgermeisterkandidaten Sepp Buchwieser: Die Bürger-Union beschloss, Buchwiesers Kandidatur nicht aufrechtzuerhalten, doch Buchwieser gibt nicht nach, hält gar „diesen Beschluss für rechtswidrig“, lässt sich anwaltschaftlich beraten.

Buchwieser (62) war bis zum Frühjahr den „Reps“ zugehörig, dann ausgetreten und dem Verein „Es geht auch anders“ beigetreten, der sich im Sommer in „Mittenwalder Bürger-Union e.V.“ umbenannte. Im Oktober wurde er von der „Bürger-Union“ zum Bürgermeisterkandidaten gekürt. Zum Zerwürfnis kam es Ende November, als Buchwieser im Hinblick auf die Aufstellung der Gemeinderatskandidaten-Liste für ein anderes Mitglied der „Bürger-Union“, eine Frau, einen guten Listenplatz forderte. Mit den damit verbundenen Umständen aber waren aber waren fünf der sieben Vorstandsmitglieder des Vereins nicht einverstanden und forderten Buchwieser auf, seine Bürgermeisterkandidatur zurückzuziehen.

Dem kam er, wie berichtet, freilich nicht nach und erklärte, es sei sein gutes Recht, ebenso wie jedes andere Mitglied einen Vorschlag für die Kandidatenliste zu machen.

Am Donnerstag erhielten wir nun folgende Erklärung, unterzeichnet von den Bürger-Union-Vorständen Dietmar Küffler und Sepp Knilling: „Der Wahlvorschlagsträger – die „Mittenwalder Bürger-Union“ - hat durch Beschluss seiner Mitglieder, bei einer Stimmenthaltung und einer Gegenstimme, mit überwältigender Mehrheit beschlossen, die Bürgermeisterkandidatur des Herrn Josef Buchwieser nicht aufrechtzuerhalten. Dieser Schritt wurde zwar allgemein

---

<sup>71</sup> GPT 04.10.1995 sto

<sup>72</sup> GPT 08.12.1995 wk

bedauert, jedoch als unabdingbar empfunden. Der Verein möchte sich auch weiterhin ausschließlich für Mittenwald und seine Bürger einsetzen, dies vorbehaltlos, unabhängig und ohne persönliche Interessen.“

Wir fragten Buchwieser als Betroffenen, was er zu diesem Beschluss sage: „Ich habe“, meint er, „keine vereinsschädigende Haltung eingenommen“. Es bestehe kein Grund, ihm nahezu- legen, aus dem Verein auszutreten. Zu der Versammlung der „Bürger-Union“, in der be- schlossen würde, seine Bürgermeisterkandidatur nicht mehr aufrechtzuerhalten, sei er gar nicht eingeladen worden. Dies sei rechtswidrig. Er werde die Situation anwaltschaftlich prü- fen lassen und notfalls bis zum Verwaltungsgericht gehen.

01/1996 **Republikaner sind extremistisch** - Beckstein: Eine weitere Station auf dem Weg nach unten<sup>73</sup>

München - Die „Republikaner“ werden im bayerischen Verfassungsschutzbericht zu Recht als rechtsextremistische und verfassungsfeindliche Partei eingestuft, entschied das **Münch- ner Verwaltungsgericht**. Um die freiheitlich demokratische Grundordnung zu verteidigen, ist es demnach „zulässig und rechtmäßig“, die Republikaner ins Eck von Verfassungsfeinden zu rücken, teilte Innenminister Günther Beckstein am Dienstag mit. Der Landesverband der rechtsextremistischen Partei hatte im Juni vergangenen Jahres in einem Eilverfahren bean- tragt, die Einstufung zu mildern und den Verfassungsschutzbericht zurückzuziehen. Dieses Ansinnen wies das Verwaltungsgericht jetzt laut Beckstein als unbegründet zurück und ent- schied, dass die vom Innenministerium vorgelegten Beweise die beanstandete Einstufung der Partei als extremistisch und verfassungsfeindlich rechtfertigen. Demnach zeichnen sich die Republikaner durch „aggressiven Nationalismus, völkischen Kollektivismus, Fremden- feindlichkeit, rassistisches und antisemitisches Gedankengut sowie Revisionismus“ aus. Bayerns Verfassungsschützen hatten die Partei im April vergangenen Jahres erstmals als verfassungsfeindlich eingestuft. Seither müssen Parteimitglieder, die in Bayern Beamte blei- ben oder werden wollen, bei einer Befragung Zweifel an ihrer Verfassungstreue ausräumen.

Innenminister Beckstein wertete das Urteil gegen die Republikaner als „weitere Station die- ser Partei auf dem Weg nach unten“. Die Staatsregierung mache „keinen Unterschied zwi- schen Links- und Rechtsextremismus“. Wenn Bayern die Republikaner als extremistisch und die SED-Nachfolgepartei PDS als verfassungsfeindlich einordne, so sei dies „keine politische Entscheidung“, sondern geschehe „auf der Grundlage der Verfassungsschutzgesetze“.

---

<sup>73</sup> SZ 03.01.1996

06/1997 **Pausewang parteilos**<sup>74</sup> - GAP - Udo Pausewang, im Vorjahr noch für die Republikaner in den Kreistag gewählt, hat der rechtsradikalen Partei den Rücken gekehrt. Darauf machte Pausewang aufmerksam. Im Mai 1996 sei der frühere Kreisvorsitzende der Rep aus der Partei ausgetreten.

09/1997 **CDU-Mann im Kreistag - Ex-Republikaner Pausewang schloss sich Christdemokraten an**<sup>75</sup>

GAP - Im 60köpfigen Kreistag von Garmisch-Partenkirchen sitzt seit neuestem auch ein Mitglied der CDU. Udo Pausewang, früherer Kreisvorsitzender der Republikaner, ist dem Kreisverband Bonn der Christdemokraten beigetreten, „dem Kreisverband von Konrad Adenauer“, wie Pausewang extra betonte.

Das Landratsamt hat von der neuen politischen Heimat des früheren Justizvollzugsbeamten Pausewang erst durch das Tagblatt Kenntnis bekommen. Der bloße Parteibeitritt sei noch ohne Bedeutung für den Kreistag, sagte Sprecher Albrecht Ott. Anders wäre es, würde sich Pausewang einer Fraktion anschließen. Dann müsste überprüft werden, ob sich nicht die Zusammensetzung der Ausschüsse ändern müsste. Dass die CDU als Partei in Bayern nicht kandidiert, bedeute also nicht, dass ein Kreisrat nicht auch bei der CDU sein dürfe.

Pausewang sagte zu seinem Motiv, sich der CDU angeschlossen zu haben, er sei konservativ. Seine neue Partei biete ein breites Spektrum von rechts bis links, in der er sich zu Hause fühle. Die CSU sei für ihn jetzt nicht mehr in Frage gekommen, nachdem sie „die Republikaner kaputtgemacht hat“. Dabei übernehme die CSU laufend die Thesen der Rep. Peter Gauweiler diene in der CSU dazu, der Partei die Republikaner vom Hals zu halten, meinte Pausewang. Anders die CDU in Bonn. Dort verschwieg Pausewang auch seine frühere Mitgliedschaft bei den Rep nicht. „Mir ist es deshalb eine Genugtuung, dass sie mich aufgenommen haben“, erklärte der Pensionär. Jetzt sei er gespannt, wie er von der CSU im Kreistag aufgenommen werde.

Pausewang war im Frühjahr 1996 als einziges Rep-Mitglied wieder in den Kreistag gewählt worden. Kurz danach trat er aus der Partei aus. In den Marktgemeinderat wurde er nicht mehr gewählt (siehe Kommentar).

**Kommentar:** Verbittert

Ein CDU-Mitglied in einem bayerischen Kreistag, das klingt wie ein raffiniert eingefädelter Coup der Kohl-Partei. Aber es ist viel einfacher. Da hat der ehemalige Kreisvorsitzende der Rep, Udo Pausewang, erleben müssen, wie vehement die CSU die Republikaner bekämpft

---

<sup>74</sup> GPT 20.06.1997 sto

<sup>75</sup> GPT 24.09.1997 sto

hat. Und wie erfolgreich sie damit war. Die politische Heimat des Udo Pausewang war plötzlich nichts mehr wert, und so kehrte er der Rechtspartei den Rücken. Die Verbitterung über die ruppige Behandlung durch die CSU sitzt tief. So ist wohl kaum zu erwarten, dass Pausewang jetzt mit Toni Neidlinger paktiert. -

Und auch die CSU dürfte kaum auf Pausewang setzen. Für die Mehrheit hat man sich ja die ÖDP verpflichtet, und die Baronky-Gruppe spielt auch brav mit. Warum also auf eine einzelne Karte setzen, die vielleicht beim nächsten Mal gar nicht mehr im Kreistag mitspielt?

Johann Stoll

02/1998 **Bilderbuchlaufbahn im Dritten Reich**<sup>76</sup> - Leserbrief von Udo Pausewang: Zur Rede General Jungs beim Neujahrsempfang und zum SPD-Leserbrief

„Nachdem sich die SPD als Gast beim Neujahrsempfang der Gemeinde über die Rede des Generalmajors Jung erheblich mokiert hat, sei der Hinweis erlaubt, wie es die SPD mit ihren eigenen Leuten hält. Ich denke hier insbesondere an den amtierenden Oberbürgermeister von Dortmund Samtlebe, der Angehöriger der Waffen-SS war. Die Liste von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren, die ihre politische Heimat bei der SPD gefunden haben, wäre bestimmt auch recht beachtlich. Auch im Hinblick auf die Reemtsma'sche Wehrmachtausstellung hat die SPD versucht, die Wehrmacht insgesamt als NS-Verbrecher hinzustellen.

Doch wir brauchen gar nicht so weit in die Ferne schweifen. Da gibt es ein Sportstadion mit Namen „Ritter von Halt-Stadion“ in Garmisch-Partenkirchen. Mir ist nicht bekannt, warum der damalige Gemeinderat, in dem auch die SPD vertreten war, dieses Stadion am Gröben umbenannt hat.

Wer war oder ist eigentlich dieser Ritter von Halt? Er war immerhin ein hoher prominenter Sportfunktionär der NS-Machthaber und deren Aushängeschild, bis 1939 Reichstrainer der deutschen Leichtathleten. Als die Städte in Deutschland bereits in Schutt und Asche fielen, wurde Ritter von Halt am 18. September 1944 bis zum bitteren Ende der Hitlerzeit Reichssportführer. Die sowjetischen Besatzer hielten ihn von 1945 bis 1950 im KZ Buchenwald gefangen.

Bei dieser Bilderbuchlaufbahn im Dritten Reich sollte man sich ernsthaft überlegen, ob für das Stadion am Gröben der Name Ritter von Halt noch zeitgemäß ist.“

*Udo Pausewang, Wilhelm-von-Miller-Weg 5, Garmisch-Partenkirchen*

---

<sup>76</sup> GPT 02.02.1998 – Leserbrief von Udo Pausewang

05/1998 **CSU bei der „Brut“<sup>77</sup>** – Leserbrief

„Beim Lesen des Berichts, dass der Kreisvorsitzende Neidlinger und sein Adlatus Helmut Fischer, beide von der CSU, bei der DGB-Maikundgebung inmitten der rot/grünen Brut sich sichtlich wohlfühlten, hat sich mir als CDU-Mitglied der Magen umgedreht.

Nachdem der DGB mit einer enormen Materialschlacht und Polemik die Ablösung der Regierung aus CDU/CSU in Bonn fordert, haben diese beiden Herren - Mandatsträger - den beiden Schwesternparteien keinen guten Dienst erwiesen. Gerade, insbesondere im Wahljahr, sollte man da schon etwas mehr Instinkt zeigen.“

*Udo Pausewang, Wilhelm-von-Miller Weg 5, Garmisch-Partenkirchen*

05/1998 **DIE REPUBLIKANER - EINLADUNG<sup>78</sup>**

„Informieren Sie sich über unsere Ziele aus erster Hand.

Sie haben dazu Gelegenheit am Samstag, 9. Mai 1998, 19.30 Uhr

in der Hochlandhalle in Weilheim mit dem **Bundvorsitzenden Dr. Rolf Schlierer** als Hauptredner sowie J. Gärtner, Prof. G. Schubert und Dr. U. Echtler“

---

<sup>77</sup> GPT 05.05.1998 – Leserbrief Udo Pausewang

<sup>78</sup> KB 08.05.1998